Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 27/28 vom 2. August 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Verpaßt

Wer einen Monat Pause macht, der verpaßt so manches, speziell rund um Bonn. So haben wir während der vier Wochen, in denen der RM nicht erschienen ist, gleich drei weitere Haken auf der sehr langen Liste der Skandale und Skandälchen dieser Regierung nicht richtig abhaken können.

Boehnisch — Sie wissen noch, wer das war? Der Pressesprecher von Daimler Benz, bzw. der Bundesregierung. Er wollte, ganz wie die Parteienfinanzierer, keine Steuern zahlen und kam in die Klemme wie einst Al Capone. Ein typischer Bild-Charakter nahm seinen Abschied. Sonnenschein — fand in diesem regnerischen Sommer milde Richter und Schwarz-Schilling darf immer noch bleiben. Er hat noch einige Postmilliarden an Siemens und Co. zu verteilen. Ein typischer Bonner Charakter nahm seinen Abschied nicht.

So wenig wie der immer frisch am Werk befindliche Heiner Geißler, der wie ein echter Familienvaterminister für seine Freunde die Weinpanscher gesorgt hat — frühzeitiges Wirken hätte ja nun auch das Sommergeschäft etwas verdorben, wo das Wetter schon so schlecht ist.

Ja, all das ist uns zumindest weitgehend entgangen. Aber bei dieser Regierung der immer neuen Rekorde in Skandalen ist uns wenig bang darum, künftig noch genügend Stoff zu finden.

Allein schon ein Blick auf weitere Ereignisse, die wir kurz vor oder nach der Sommerpause kommentiert haben, zeigt, welch unversiegbare Quelle da sprudelt. Sei es Kohls Gedächtnisverlust in Mainz, sei es der besondere Parteienkauf der Pharmakonzerne oder die rassistischen Südafrika-Tiraden des bayerischen Ministerpräsidenten.

Ausnahmezustand in Südafrika

Stoppt die Unterstützung für das Rassistenregime

Ausnahmezustand in vielen Provinzen Südafrikas. Dem wachsenden Kampf der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika begegnet das Rassistenregime mit terroristischer Gewalt. Mindestens 1200 Verhaftungen, 20 Tote ist die Bilanz der ersten Woche des Krieges der Herrschenden gegen die Schwarzen.

Während sich alle Welt empört, bleibt Bonn untätig, erklärt dies auch noch als konstruktive Politik, weil alles andere sich gegen die Bevölkerung richten würde.

Die wirklichen Beweggründe, die Bonn veranlassen, sich nicht in die weltweite Protestfront einzureihen, machen einige Zahlen deutlich: Die Konzerne der Bundesrepublik sind größter Handelspartner des Rassistenregimes — sie verdienen an der Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen mit, ihre Profitinteressen werden von der Bundesregierung geschützt. Von staatlichen Bürgschaften abgesichert haben westdeutsche Kapitalisten über 170 Millionen Mark in Südafrika investiert, die Exporte nach Südafrika sind allein im vergangenen Jahr im Vergelich zum Vorjahr um 33,5 Prozent gestiegen. Und westdeutsche Banken haben die US-Banken im Anleihegeschäft verdrängt. Allein die Bayerische Vereinsbank und die Dresdner Bank haben das Rassistenregime zwischen 1982 und 1984 mit Anleihen über 1,6 Milliarden Dollar unterstützt. (Siehe dazu auch die Dokumentation im letzten RM Nr. 26, S. 8)



In der Werbung des Rüstungskonzerns MBB ist der Hubschrauber BO 105 CB ein Militärhubschrauber. Als er nach Südafrika ans Innenministerium geliefert wurde, galt er als „ein Transportmittel wie jeder PKW".

Wenn Sprecher der Bundesregierung der französischen Regierung jetzt vorwerfen, sie würden sich **gegen** Südafrika so engagieren, weil *„sie ihren Firmen nicht wehtun"* (ein Bonner Diplomat), so zeigt das auch, warum sich Bonn **nicht** engagiert. Eben weil die Regierung **ihren** Firmen nicht wehtun will. Denn das Großkapital, die Monopole der Bundesrepublik (anders als die Frankreichs) realisieren große Profite in Südafrika genau durch die Politik der Rassentrennung, der Rechtlosigkeit der Schwarzen, der Unterdrückung der Gewerkschaftsfreiheit und durch die grenzenlose Ausbeutung der Mehrheit der Bewohner des Landes.

Fortsetzung auf Seite 10

Keineswegs ein „österreichisches Mittel"

Nicht nur Wasser wird zu Wein ...

„Wer verdünnt, verdient" — diese alte Winzerregel ist allseits bekannt und hat seit langem zu wirtschaftlichem Wohlstand in einigen Regionen beigetragen. Bereits von der ganzen Technik her ist naheliegend, daß es in erster Linie die großen Weinhändler und Hersteller sind, die die vielfältigsten Möglichkeiten nutzen, nicht nur zu verdünnen, sondern auch zu zuckern, zu klären, zu veredeln und was sonst noch alles für muntere Worte benutzt werden, um Panscherei zu umschreiben.

Hunderte österreichische und einige westdeutsche Weinsorten wurden mit Diäthylenglykol „veredelt", das Stoffwechselschäden und Nierenschäden hervorruft und in der Vergangenheit offensichtlich bereits zu mehreren Todesfällen unter Weintrinkern geführt hat. In Wien war dies allerspätestens seit November letzten Jahres bekannt, in der BRD seit Anfang April. Der Fakt wurde von den zuständigen Instanzen so lange verschwiegen, wie es eben ging. Jetzt versuchen Politiker verschiedener Couleur sich als radikale Vorkämpfer für einen sauberen Wein zu profilieren. Allen voran der zuständige Minister Heiner Geißler — der nicht nur wegen seines überlangen Schweigens einmal mehr als völlig unglaubwürdig dasteht.

Alles beklagt sich über die „verbrecherischen Panscher". Dabei wird so getan, als habe es nicht, sowohl in Österreich als auch in der BRD, immer wieder Vorstöße gegen den „Kunstwein" gegeben und als seien diese Vorstöße nicht von den Weinbauverbänden und ihren politischen Vertretern immer wieder unterdrückt worden. Auf dem österreichischen Verbandstag wurde es 1981 sogar abgelehnt, eine entsprechende Resolution überhaupt nur zu diskutieren. Bundesdeutsche Weinbauern sind dafür berühmt, daß sie stets besondere Aus-

Fortsetzung auf Seite 2

Brokdorf-Urteil des BVG

Demonstrationsfreiheit und Demokratie

Das Brokdorf-Urteil, das das BVG in der letzten Woche verkündete, hat erhebliches Aufsehen erregt. Vor allem deshalb, weil das Bundesverfassungsgericht die Aufhebung des damaligen Demonstrationsverbots nicht in erster Linie mit juristischen Verfahrensfehlern, sondern mit grundsätzlichen Ausführungen zum Demonstrationsrecht begründete. Es ist jetzt schon klar, daß das Urteil gewisse praktische Auswirkungen haben wird — unabhängig davon, ob die SPD es tatsächlich zum Anlaß nehmen wird, um gegen das neue (Anti-)Demonstrationsgesetz in Karlsruhe zu klagen.

Kurz zu den Ereignissen selbst: Nachdem Ende 1980 bekanntgeworden war, daß das Atomkraftwerk Brokdorf weitergebaut werden sollte, riefen zahlreiche Bürgerinitiativen zu einer Demonstration am 28.2.81 auf. Gegen diese Demonstration wurde eine ständig eskalierende Hetze in den Medien entfaltet. 5 Tage vor dem Demonstrationstermin erließ der Landrat des Kreises Steinburg dann ein dreitägiges Demonstrationsverbot, das für ein Gebiet von 210 qkm um den Bauplatz galt. Vier Tage später schränkte das Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein das Verbotsgebiet ein. Eine Entscheidung, die noch in der Nacht vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg aber wieder aufgehoben wurde.

Das BVG erklärte jetzt diese Entscheidung für verfassungswidrig. Den Beschluß des Verwaltungsgerichts Schleswig-Holstein

Fortsetzung auf Seite 7

Im Herbst Neuauflage der konzertierten Aktion?

„In der gemeinsamen Überzeugung, daß die Erreichung von mehr Beschäftigung und der Abbau der Arbeitslosigkeit zentrale politische Aufgaben sind, kamen Bundesregierung und DGB überein, dringlichkeit zu prüfen, „wie die soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit vor allem mit Blick auf die älteren Arbeitslosen den veränderten Bedingungen angepaßt werden kann".



Wulf-Mathies und Zimmermann beim „Bonner Treff"

gemeinsam mit den Arbeitgebern zu einem Dreier-Gespräch zusammenzukommen. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wird DGB und BDA Anfang September 1985 hierzu in das Bundeskanzleramt einladen." So steht's in der gemeinsamen Presseerklärung nach dem Treffen von Regierungs- und DGB-Vertretern. Es ist das einzig wirklich greifbare Resultat des „Kanzlergesprächs".

Das Kommuniqué enthält vor allem Ergebnisse der vorbereitenden Arbeitsgruppen.

In Sachen Arbeitsförderungsgesetz gibt es eine Absichtserklärung für eine Verstärkung der Qualifizierungsmaßnahmen und Übereinstimmung in der Notwen-

In Sachen öffentliche Investitionen wiederholt die Regierung die eindeutige Absage an die DGB-Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm.

In der Rentenpolitik wird ein hohes Maß an Übereinstimmung „in der Frage von Notwendigkeit und Richtung der Elemente einer Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung und sich daraus ergebender Folgerungen" behauptet. Einzelheiten werden leider nicht genannt.

Zu den restlichen Punkten (technologische Entwicklung und Beschäftigung, Zahlenwerk der beruflichen Ausbildung) enthält das Kommuniqué vor allem Allgemeinplätze.

(Kommentar auf S. 2)

„Gemeinsame Überzeugungen"?

Am 5. September wird also Kanzler Kohl zum gemeinsamen Gespräch zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften nach Bonn einladen. Noch vor den Herbstaktionen des DGB wird er sich damit brüsten können, im Ansatz jene „konzertierte Aktion" wieder auf den Weg gebracht zu haben, die unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt zerbrochen war.

Kohls politische Absicht ist durchsichtig: Er und sein Kabinett wollen sich mit Blick auf die Niedersachsenwahl und erst recht auf die nächste Bundestagswahl als Regierung präsentieren, die den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik und die schwerwiegendsten Angriffe auf die gewerkschaftlichen Positionen geführt, aber dennoch den sozialen Frieden gewahrt hat.

Das Pressekommuniqué leitet die Ankündigung des „Dreier-Gesprächs" ein mit dem Verweis auf eine „gemeinsame Überzeugung, daß die Erreichung von mehr Beschäftigung und der Abbau der Arbeitslosigkeit zentrale politische Aufgaben sind".

Na und? Gibt es in dieser Republik irgendjemanden, der in seinen öffentlichen Stellungnahmen nicht dieser „gemeinsamen Überzeugung" ist?

Hat diese Regierung ihre Politik des „Den-Armen-nehmen-den-Reichen-geben" jemals anders begründet als damit, daß die Reichen reicher werden müßten, damit sie mehr Arbeitsplätze schaffen könnten?

Als diese Regierung während der Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich offen als Arbeitskampftruppe der Unternehmer auf den Plan trat, tat sie es da nicht mit der Begründung, die Verteuerung der Arbeitskraft durch Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich würde zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen?

Hat diese Regierung nicht selbst jenes Gesetz, mit dem zentrale Schutzrechte der Arbeiterklasse untergraben wurden, noch „Beschäftigungsförderungsgesetz" genannt?

Kurz: Diese Regierung hat stets den Abbau der Arbeitslosigkeit als „zentrale politische Aufgabe" im Munde geführt, aber nie etwas anderes darunter verstanden, als daß die Arbeiter und Angestellten eben so billig und rechtlos wie möglich sein müßten, damit ihre Ausbeutung für die Unternehmer möglichst lohnend ist.

Nichts in dem, was nach dem Kanzlergespräch veröffentlicht wurde, deutet auf eine geänderte Haltung der Regierung hin.

Am Tag nach dem Kanzlergespräch beschloß das Kabinett, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das hessische Personalvertretungsgesetz zu klagen — wegen der darin enthaltenen erweiterten Mitbestimmungsrechte für Personalräte.

Die reaktionären Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes — keinen Millimeter ist die Regierung bislang davon abgerückt.

Der Plan, den berüchtigten Franke-Erlaß zum Gesetz zu erheben — die Sache läuft weiter.

Und in Sachen Beschäftigungspolitik nichts, was auch nur in den Verdacht geraten könnte, zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie nannte das angekündigte Dreiergespräch einen „erfolgversprechenden Ansatz".

Es lohnt, darüber nachzudenken, warum die Kapitalisten, die Drahtzieher der Wende, sich davon einen Erfolg versprechen. Die Wende, die ihnen so viel Gutes beschert hat, ist in einem Punkt doch nicht so gelaufen, wie sie es sich vorgestellt haben. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche hat politisch keineswegs zu einer verstärkten Isolierung der Gewerkschaften geführt. Im Gegenteil: in Verbindung mit der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit hat die Ideologie der Wende an Massenanziehungskraft erheblich verloren, wie nicht zuletzt die Wahlergebnisse im Saarland in Hessen und in NRW gezeigt haben. Die reaktionäre Formierung ist nicht gestoppt, aber ihr Motor stottert unüberhörbar. Machtvolle gewerkschaftliche Widerstandsaktionen im Herbst könnten diese Entwicklung beschleunigen.

Die Rechnung ist einfach: eine Gewerkschaftsführung, die im Kanzlerbungalow über „gemeinsame Überzeugungen" faselt, kann auf der Straße nicht zum energischen Kampf gegen Kapital und Regierung aufrufen.

Durch diese Rechnung läßt sich ein Strich machen — im Herbst.

Nicht nur Wasser wird zu Wein ...

Fortsetzung von Seite 1

nahmeregelungen für sich innerhalb der geltenden Regeln der Europäischen Gemeinschaft gefordert und auch stets erreicht haben.

Wenn das Schlagwort vom einzigartigen deutschen Wein eine Berechtigung hat, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil einzigartig viel gepanscht wird, und dies ganz legal.

Schon nach europäischem Recht dürfen im Wein solche Stoffe verwandt werden wie Kohlendioxid, Kupfersulfat, Fischblasen, Aktivkohle und vieles andere mehr — mit deutschen Regeln durfte einst gar Arsen verwendet werden. Das Weingesetz von 1971 wurde bereits damals allgemein als großer Erfolg der Weinlobby bezeichnet — eine Lobby, die im übrigen gar nicht so unbedeutend und drittrangig ist, wie sie zunächst erscheinen mag. Denn neben solchen Leuten wie den Pieroths gehören auch eine ganze Anzahl der größten Grundbesitzer der Republik zu den großen Weinerzeugern und -händlern.

Bereits in der Vergangenheit gab es verschiedentlich sogenannte Weinskandale. Immer wieder wurde dabei deutlich, daß die Etikettierung der Weine von den Erzeugern ausschließlich als Werbemittel betrachtet wird. Jedesmal wehrten sie sich empört gegen eine Anzeigepflicht auf den Etiketten — was wirklich in der Flasche drin ist, soll, außer ihnen, wohl keiner wissen. Man fürchtet dann um den Absatz.

In Österreich gehören 96 Prozent aller Weinbauern zu denen, deren Betrieb nur bis zu fünf Hektar umfaßt. Natürlicherweise haben sie bereits von den technischen Voraussetzungen weniger Panschmöglichkeit, mangelt es ihnen auch oft an den dafür nötigen geschäftlichen (und politischen) Verbindungen — was nicht heißen soll, daß etwa in Genossenschaften nicht gepanscht würde. Die Zahlen dienen nur als Indiz dafür, daß die Gewinnler an dieser Panscherei wirklich Leute sind, die keineswegs irgendwelche kleinen Bauern sind, sondern daß dies beim Großgrundbesitz beziehungsweise beim Agrarkapital vor allem der Fall ist. Der in der BRD gestartete Versuch, alles auf die österreichischen Winzer zu lenken, ist bereits an der Enthüllung von Tatsachen gescheitert. Das Diäthylenglykol ist offensichtlich nur die Spitze des Giftberges, gesundheitszuträglich sind sicher viele der anderen verpanschten Stoffe auch nicht.

Die kapitalistische Logik „Egal, womit ich mein Geld mache, Hauptsache, ich mache es" führt eben gerade bei Produkten wie Lebensmitteln oder hier Wein zu besonders krassen Ergbnissen, wo ganz offensichtlich für den Profit über Leichen gegangen wird.

Deshalb jetzt der Versuch, das ganze an ein „paar schwarzen Schafen" aufzuhängen. Dabei ist das ganze System so, daß es Panschwein produziert. Ein umfassendes Lebensmittelgesetz zum Schutz der Verbraucher wäre eine Mindestanforderung, um diese Verhältnisse zu ändern ...

Keineswegs ein bloßer „Sommer-Vorstoß"

FDP-Steuerpläne: Für die Großverdiener

Auf einer besonderen Tagung ausgearbeitet und mit großem Aufwand verkündet, erschien im Juli ein neuer Steuerplan der FDP. Anfang der 90er Jahre solle, nach einem Wahlsieg der jetzigen Koalition 87, eine erneute Steuerentlastung von rund 45 Milliarden DM vorgenommen werden.

Daß rund die Hälfte dieses Betrages den Freiberuflern und sonstigen (heutigen oder potentiellen) FDP-Anhängern zugute kommen soll, erscheint dabei wenig überraschend. Die Wende-FDP hat sich schließlich in der ganzen Zeit als rücksichtslose Interessenvertreterin der Großverdiener (und solcher, die es werden wollen) erwiesen. Insofern ist die Veröffentlichung dieses Plans und die darauf folgende Auseinandersetzung mit verschiedenen CDU-Politikern nichts anderes als ein sehr frühzeitiger Auftakt zum Bundestagswahlkampf in anderthalb Jahren.

Wenig überraschend erscheint es auch, daß — wie überall bemängelt — nichts dazu gesagt wurde, wie dies finanziert werden soll. Jetzt schon weitere Kürzungen etwa im Sozialbereich anzukündigen, erscheint wohl selbst der FDP als zu früh.

Der am meisten interessante aktuelle Aspekt dieses Plans und seiner bisherigen Diskussion ist die Weigerung der CDU-Führung, mitzuziehen. Offensichtlich paßt dies nicht in die gegenwärtige Taktik, sich wieder ein bißchen mehr als angebliche „Volkspartei" zu profilieren. Deshalb der Widerspruch von Kohl, die negativen Äußerungen von Stoltenberg.

Wie auch immer: Die Veröffentlichung des Plans ist außerdem ein Signal dafür, daß es noch eine ganze Reihe weiterer Vorstöße geben wird, die allesamt in die Richtung gehen werden, die bundesdeutsche Gesellschaft weiter im Reagan-Stil zu verändern, direkte „Reaganomics" zu betreiben, was bisher längst nicht im von verschiedenen Seiten gewünschten Ausmaß geschehen konnte.

Kohl vor Untersuchungsausschuß

Mainzer Abgesang?

Am 18. Juli mußte Kanzler Kohl vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz in Mainz erscheinen — Aussagen des Grafen Lambsdorff bei einer früheren Vernehmung hatten dies unumgehbar gemacht. Ablauf und Ergebnis dieser Vernehmung aber stellen wohl den endgültigen Abgesang auf jede Untersuchung über die Finanzierung der Parteien durch Unternehmergelder dar.

Bei der Vernehmung ging es eigentlich um ganz konkrete Vorwürfe, vor allem aus der Zeit, als Kohl Ministerpräsident dieses Bundeslandes war: Gelder vom Schnapsmillionär Eckes, vom Zigarettenkonzern Brinkmann, von der Barmenia-Versicherung. Aus späterer Zeit auch von der Commerzbank. Über diese Vorgänge lagen Aktennotizen vor, die den diversen Säuberungsaktionen im CDU-Büro entgangen waren. Daß es eine solche Säuberungsaktion gegeben hatte, war ebenfalls erwiesen.

Trotz dieser Tatsachen und an einigen Punkten im direkten Gegensatz zu den Aussagen Lambsdorffs kam Kohl damit durch, den „Mann ohne Gedächtnis zu spielen, wie es die taz am folgenden Tag nannte. Kohl erinnerte sich einfach an nichts mehr — und der CDU-Ausschußvorsitzende entschuldigte sich noch, wenn er wenigstens einmal nachfragte, die SPD-Ausschußmitglieder blieben völlig inaktiv.

Damit stellt diese Vernehmung einen Höhepunkt der seit Jahresbeginn eingeschlagenen Taktik dar, die ganze Sache der Aushaltung der etablierten Bonner Parteien und bestimmter Politiker durch die Konzerne unter den Teppich zu kehren. Seit einem Gespräch zwischen Brandt und Strauß zur Jahreswende hat die SPD keinerlei Versuche mehr gemacht, diese Vorgänge für sich auszuschlachten. Der Grund, wie schon verschiedentlich dargestellt, ist ein zweifacher: Einerseits hat ja auch die SPD, die Parteirechte vor allem Geld genug bekommen, wenn auch weitaus weniger als die klassischen Unternehmerparteien CDU und FDP — die letztere ohnehin nur aus solchen Geldern finanziert. Andererseits geht es der SPD-Führung um die Gefahr für das „Staatswesen an sich", geht es für sie darum, die Gefahr abzuwenden, daß breit bewußt wird, daß diese so hochgelobte parlamentarische Demokratie eben doch eine Demokratie für Millionäre ist.

Diese Taktik der Parteien, die unverfroren Urteile von Finanzrichtern, die teilweise persönlich in diese Finanzmafia verwickelt sind, wie dies in Köln im Juni deutlich wurde — das war der entscheidende Faktor dafür, daß aus diesem „Skandal" keine wirkliche Krise wurde. Wenn nun der Kanzler mit einer solch unverschämten Taktik völlig ungeschoren aus einer Vernehmung hervorgeht, so ist dies sicher nicht nur als Höhepunkt zu bewerten, sondern offensichtlich auch als ein Abgesang auf diese Affäre, als Anfang vom Ende der öffentlichen Debatte darüber.

Geschehen ist nichts. Die Versprechungen, die anfangs, als Barzel gehen mußte, als Lambsdorff gehen mußte, gemacht wurden, waren ohnehin bereits recht gering gewesen. Von einem „gläsernen Abgeordneten" war da geredet worden, der damals neue Bundestagspräsident Jenninger verlor hochtrabende Worte darüber — noch nicht einmal ein Jahr später ist ihm diese Vorstellung noch nicht einmal mehr ein Schulterzucken wert.

Weder von den Gewerkschaften (unter SPD-Einfluß) noch von der Linken (sei es aus Mangel an Interesse oder aus der absurden Befürchtung, mit einer Rücktrittskampagne könne man das Ansehen dieses Parlaments erst heben) ist etwas dagegen geschehen — so ist es kein Wunder, da die von den Konzernen gekauften Leute in aller Öffentlichkeit weiter am Wirken sind.

Kohl drückte diese ganze Entwicklung vor dem Ausschuß deutlich aus: Als er signalisierte, er habe jetzt genug und wolle gehen, waren ‚alle damit einverstanden. Noch Fragen?

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Mannesmann/Duisburg-Huckingen

Erfolg gegen die Japanisierung

Die Stamm-Belegschaft auf ein Minimum reduzieren, zusätzlichen Arbeitskräftebedarf durch befristete Arbeitsverträge, Fremdfirmeneinsatz und Leiharbeiter decken — das ist heute allgemeine Unternehmerstrategie wie sie auch durch das neue Beschäftigungsförderungsgesetz unterstützt wird. Vor allem durch die Anstrengungen der Gruppe konsequente Gewerkschafter konnte bei den Mannesmann-Röhrenwerken ein wichtiger Erfolg gegen die „Japanisierung" errungen werden.

Bei Mannesmann wurde in den vergangenen Jahren die Belegschaft kräftig reduziert, unter anderem durch eine Abfindungsaktion für türkische Kollegen. Gleichzeitig wurden immer mehr Arbeiten an Fremdfirmen gegeben. Mit diesen Firmen wurden sogenannte Werkverträge abgeschlossen. Nun sind Werkverträge natürlich legal, wenn es darum geht, daß eine Firma eine andere beauftragt, einen festumrissenen Auftrag in eigener Verantwortung zu erledigen. Bei Mannesmann aber waren die aufgrund von Werkverträgen mit Fremdfirmen beschäftigten Kollegen in die normalen Schichtpläne integriert, machten die gleiche Arbeit wie die Kollegen, die Arbeitsverträge mit Mannesmann haben, erhielten ihre Weisungen von Mannesmann-Vorgesetzten usw. Es handelte sich um Schein-Werkverträge. Zweck der „Werkverträge" war es lediglich, die tatsäche illegale Leiharbeit zu kaschieren.

Als 50 Kollegen beim Arbeitsgericht Klage erhoben mit dem Ziel feststellen zu lassen, daß in Wirklichkeit zwischen ihnen und der Mannesmann AG ein normales Arbeitsverhältnis besteht, willigte Mannesmann ein, 50—60 Kollegen in ein normales Arbeitsverhältnis zu übernehmen, den ersten Tag der Arbeitsaufnahme auf der Hütte als Einstellungstag anzuerkennen und die Differenz zwischen dem Fremdfirmalohn und dem Mannesmannlohn nachzuzahlen.

Daß bei Mannesmann diese illegale Leiharbeiterpraxis aufgedeckt und zumindest eingeschränkt werden konnte, ist von großer Bedeutung. Die Vergabe von Arbeiten an Fremdfirmen über solche Scheinwerkverträge führt zu einer tiefgehenden Spaltung der Belegschaft. Die aufgrund von Werkverträgen beschäftigten Kollegen haben nicht nur weniger Lohn für die gleiche Tätigkeit, sondern auch weniger Urlaub, einen sehr eingeschränkten Kündigungsschutz und in der Regel keinen Betriebsrat. Kollegen, die bei Mannesmann aufgrund von Werkverträgen beschäftigt waren, berichteten, daß sie bis zu 232 Monatsstunden geleistet haben, die natürlich als Überstunden bei der Fremdfirma und nicht bei Mannesmann galten.

Mannesmann ist kein Einzelfall. Über Werkverträge ist in vielen Großbetrieben ein erheblicher Teil der Belegschaft beschäftigt. Daß ein großer Teil dieser Werkverträge in Wirklichkeit wie bei Mannesmann Scheinwerkverträge sind, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden. Nach dem Erfolg bei Mannesmann kommt es darauf an, in allen Betrieben die Werkverträge einer genaueren Prüfung zu unterziehen.

Streik im Metallhandwerk



Mit diesem Betrieb begannen in NRW die Streikaktionen zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche im Metallhandwerk. Außerdem fordert die IG Metall eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 3,8 Prozent. Die Verhandlungen waren bereits Ende Juni von der IG Metall für gescheitert erklärt worden.

Gemeinwirtschaft: Der unendliche Skandal

Im März 1982 diskutierte der Coop-Aufsichtsrat über Geschäfte. Nicht über die Geschäfte der Coop AG, sondern über die privaten Geschäfte von Mitgliedern des Coop-Vorstandes. Vorstandschef Bernd Otto und weitere Vorstandsmitglieder hatten sich an einem Immobilienfonds beteiligt — Otto mit 300000 DM. Zweck des Fonds: die Sammlung von Kapital für die Errichtung eines Verwaltungs- und Lagerzentrums in Sarstedt (bei Hannover).

Der Aufsichtsrat billigte, daß die Vorstandsmitglieder ihr Streben nach persönlicher Bereicherung mit den Geschäftsinteressen der faktisch DGB-eigenen Coop AG vermengten. Mitglieder im Aufsichtsrat u.a.: Günter Döding (NGG) und Günter Volkmar (HBV). Wenige Wochen zuvor war der Skandal um die Neue Heimat enthüllt worden. Damals war viel vom „Ausmisten" die Rede. Döding und Volkmar aber liefen offensichtlich nicht mit der Mistgabel unterm Arm herum.

Vor einigen Wochen wurde der Hamburger Betriebsratsvorsitzende von Coop Jürgen Siewert fristlos entlassen. Vorgeworfen wird ihm, er habe Aufsichtsratsprotokolle weitergeben und er habe den Coop-Vorstand verdächtigt, in Hamburg Arbeitsplätze abzubauen, um sich persönlich durch Verlagerungen nach Sarstedt zu bereichern.

Ein Verdacht, der sich aufdrängt. Geradezu lächerlich, wie der Coop-Aufsichtsrat diesen Verdacht zu entkräften sucht. Otto und seine Vorstandskollegen würden für ihre Fonds-Beteiligungen von der Coop 6,4 Prozent Zinsen kassieren, kämen mit Nutzung der Steuervorteile auf eine Rendite von ca. 12 Prozent. Die sei völlig unabhängig von der Auslastung von Sarstedt. Also könne keine Rede davon sein, die Vorständler würden sich durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen bereichern.

Ein reichlich plumpes Ablenkungsmanöver. Wenn Sarstedt sich wegen mangelnder Auslastung als Fehlinvestition erweisen würde, wenn Coop mit Sarstedt Verlust machen Würde, der Coop-Vorstand sich aber an Sarstedt persönlich bereichert hätte, dann läge der Verdacht auf dem Tisch, der Vorstand habe die Sarstedt-Investition getätigt, um sich persönlich zu bereichern. Dergleichen gilt auch in nicht-gemeinwirtschaftlichen kapitalistischen Aktionärskreisen keineswegs als Kavaliersdelikt. Die Coop-Vorständler mit ihrer 12prozentigen Rendite stünden schlecht da, wenn Sarstedt zu gering ausgelastet wäre. Da beißt die Maus keinen Faden ab: aus dem privatwirtschaftlichen Einstieg der gemeinwirtschaftlichen Top-Manager in Sarstedt läßt sich ohne Übermaß an Phantasie das handfeste Motiv für die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Sarstedt konstruieren.

Der Coop-Aufsichtsrat hat Wirtschaftsprüfer beauftragt, die Unbedenklichkeit des 12-Prozent-Deals zu bescheinigen. Die Wirtschaftsprüfer fanden heraus: Coop zahlt in Sarstedt keine überhöhte Miete, der Vorstand der Coop AG habe „aus dem Beteiligungsverhältnis keine Vorteile unberechtigterweise erlangt."

Also alles in Butter, gar kein Skandal? Ein fristlos entlassener Betriebsrat, vernichtete Arbeitsplätze in Hamburg, eine empörte Belegschaft — und eine 12prozentige Rendite für die Top-Manager. Im Kapitalismus geschieht dergleichen natürlich nicht „unberechtigterweise". Daß es in den gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ebenso zugeht, wie es im Kapitalismus gerade noch erlaubt ist — das ist der Skandal.

Der Skandal liegt darin, daß die Gewerkschaften sich einen stinknormalen kapitalistischen Konzern mit all seinen Widerwärtigkeiten halten, daß sie dadurch Tag für Tag ihre eigene Kritik am Kapitalismus ad absurdum führen.

Gestern die Neue Heimat, heute die Coop AG, morgen die Bank für Gemeinwirtschaft? — Man braucht keine prophetische Gabe, um vorauszusagen: die sogenannten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen werden den Gewerkschaften weiter Skandal um Skandal produzieren. Nicht weil es in ihnen schlimmer zugeht als in normalen kapitalistischen Betrieben, sondern weil es in ihnen genauso zugeht.

Laut „Spiegel" soll der DGB-Vorsitzende Breit den Coop-Chef Otto Anfang 1984 im Hinblick auf dessen Privatgeschäfte angemahnt haben, es dürfe auch nicht der geringste Anschein von Interessenkollision entstehen.

Ist es so schwierig zu verstehen, daß die eigentliche Interessenkollision darin besteht, daß die Gewerkschaften sich einen Wirtschaftskonzern halten, in denen die gleichen Verhältnisse der Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Strebens nach maximalen Profit bestehen, gegen die anzukämpfen die Gewerkschaften ansonsten als ihre Aufgabe betrachten (sollten)?

In der „Welt der Arbeit" hat deren Redakteur Klaus Keuter einen wohl gut gemeinten Kommentar geschrieben mit dem Titel „Gemeinwirtschaft in Besitz nehmen". Er meint u.a.:

„Es ist Zeit, daß die Gewerkschaften und ihre Mitglieder den Managern der Gemeinwirtschaft deutlicher den Weg weisen. Die Grundsätze sind klar: Das in den Unternehmen steckende Kapital hat nicht dem Wohl weniger Großaktionäre und Topmanager zu dienen, sondern muß im Interesse des Gemeinwohls eingesetzt werden. Die Gesellschaften sollen für alle Arbeitnehmer und die Verbraucher arbeiten. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen an der Meinungsbildung über ihre Unternehmen beteiligt werden. Diese Ansprüche gilt es konsequent durchzusetzen.

Dazu kommt: Die Idee der Gemeinwirtschaft, ihre Umsetzung unter gegenwärtigen Bedingungen muß überzeugend vermittelt werden. Eine Rückbesinnung auf die Wurzeln ist hilfreich für die Zukunft. Vor hundert Jahren konnten die Genossen Anteile an ihrer Genossenschaft zeichnen und in Hauptversammlungen mitreden und entscheiden. Warum sollten Millionen Gewerkschaftsmitglieder heute nicht auch direkte Beteiligungsmöglichkeiten am Kapital der Gemeinwirtschaft erhalten? Es gilt die Gemeinwirtschaft wieder in Besitz zu nehmen — nicht nur kapitalmäßig, auch ideologisch."

Der Verweis auf historische Wurzeln der Gemeinwirtschaft in der Genossenschaftsbewegung ist bestenfalls romantisch. Für die Versorgung der Arbeiterklasse mit billigen Lebensmitteln leistet Aldi jedenfalls mittlerweile mehr als Coop.

Als die Genossenschaftsbewegung sich herausbildete, ging es ihr nicht um das „Gemeinwohl". Der organisierten Arbeiterbewegung war damals durchaus bewußt, wie unsinnig ein solcher Begriff in einer Gesellschaft ist, in der Klasseninteressen antagonistisch gegeneinanderstehen. Es ging darum, durch kollektive Organisierung die Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft etwas erträglicher zu gestalten.

Wer stellt das „Gemeinwohl" dar, dem Coop oder die Neue Heimat dienen sollen? Die Belegschaften der Unternehmen, die Mieter der Neuen Heimat oder die Kunden von Coop? Offensichtlich weder noch: die Belegschaften erhalten keine höheren Löhne, keine kürzeren Arbeitszeiten, keine größeren Rechte als bei der nicht-gemeinwirtschaftlichen Konkurrenz. Die Kunden kriegen's nicht billiger.

Die Praktiker im gemeinwirtschaftlichen Management sagen: „Geht nicht anders, weil wir sonst im Konkurrenzkampf vor die Hunde gehen würden." Die marxistische Wirtschaftstheorie gibt ihnen zumindest im Grundsatz recht. Im Kapitalismus kann es ökonomische Inseln, die nicht kapitalistisch funktionieren, nicht geben — jedenfalls nicht in der Größenordnung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Wenn das so ist, läßt das Problem sich nicht einfach durch die demokratische Beteiligung von Millionen Gewerkschaftsmitgliedern lösen, selbst dann nicht, wenn man den ungerechtfertigten Optimismus des Kollegen Keuter hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit teilt.

Die Gemeinwirtschaft wieder ideologisch in Besitz nehmen? — Steht die Frage nicht längst anders herum? Ist der Gemeinwirtschaftskonzern nicht Ausdruck dafür, wie weit die dominierende Strömung im DGB ideologisch ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hat? Geht es nicht darum, die Gewerkschaften ideologisch wieder für den Kampf gegen den Kapitalismus in „Besitz zu nehmen"?

In der „Welt der Arbeit" regt Klaus Keuter sich darüber auf, daß Coop-Chef Bernd Otto erklärt hat, Coop sei „keine Einrichtung zur Vorführung gewerkschaftlicher Zielsetzungen." Aber: Wo der Mann recht hat, hat er recht.

Vertrauenskörperleitungswahlen HDW/Hamburg

Zustände wie bei Werner Peters?

Aus: Frischer Wind, Betriebszeitung der KPD

Die Wahlen der Vertrauensleute der IG Metall auf der HDW fanden ihren vorläufigen Abschluß mit der Wahl der Vertrauenskörperleitung. Wie zu erwarten setzte die Betriebsratsspitze alles daran, eine andere Mehrheit in der VK-Leitung durchzusetzen. Der VK-Leiter, Otto Kock, sollte abgeschossen werden, weil er bereit war, unabhängig von der politischen Einstellung mit allen aktiven Gewerkschaftern zusammenzuarbeiten. Insbesondere sollten die „Roten", Holger Geißelbrecht und Christian Matthiessen, aber auch die Jugendvertreterin Birgit Martius und Ernst Hahn ausgetauscht werden. Ausgetauscht durch Kollegen, die der Betriebsratsspitze selbst angehören, bzw. bereit sind deren Politik mitzutragen.

Um dies auf Deubel-kommraus durchzusetzen, fanden sich die ehemaligen Aktiven Metaller wieder zusammen, ergänzt durch Vertreter der alten Riege der Sozialpartner, wie den SPD-Betriebsgruppenvorsitzenden Günther Rellin. Vereint unter der Parole der Reaktion, „die Roten müssen raus", setzten sie eine regelrechte Kampagne unter den Vertrauensleuten in Gang. Tagelang durchstreifte die Betriebsratsspitze die Werkstätten.

Nach einigem Hin und Her entschloß sich auch der Kollege Jürgen Kühnle gegen Otto Kock zum VK-Leiter zu kandidieren. Sicher sein gutes Recht. Nur leider reihte er sich damit — gewollt oder nicht gewollt — in die Bestrebungen von Holger Mahler, Fred Lampe und Dieter Napiwotzki ein, die alte VK-Leitung zu stürzen.

Worum ging es?

Die alte VK-Leitung mußte nach den Massenentlassungen durch Nachwahl wieder arbeitsfähig gemacht werden. Unter dem Eindruck der gemeinsamen Werftbesetzung und den dadurch möglich gewordenen Wiederaufnahmen aller aus der IG Metall Ausgeschlossenen (Aktive und RGOler) wurden vier Kolleginnen und Kollegen nachgewählt, die in unserem Kampf besonders aktiv waren.

In der weiteren Arbeit setzte die VK-Leitung auf den aktiven gewerkschaftlichen Kampf auf der HDW gegen die vielfältigen Angriffe von Seiten des Vorstandes. In jeder wichtigen Frage versuchte sie die Vertrauensleute, Mitglieder und die gesamte Belegschaft miteinzubeziehen und Widerstand zu organisieren.

Das brachte ihr den Ärger von Vorstand und Direktion ein. Aber auch die Betriebsratsspitze wollte eine andere VK-Arbeit; da sie selbst mehr und mehr auf Verständigung, Zusammenarbeit und Ausgleich mit der Betriebsdirektion setzt und möglichst Konfrontationen aus dem Wege geht. Nur das augenblicklich „Machbare" steht für sie im Mittelpunkt, d. h. nur das, was in Verhandlungen mit der Unternehmensleitung erreichbar ist. Gewerkschaftliche Arbeit wird immer mehr zum Fremdwort, wird immer mehr zum „roten Tuch". Da die Betriebsratsspitze aber mit ihren Vorstellungen im Vertrauenskörper keine Mehrheit fand, gingen sie soweit, der Vertrauenskörperleitung die Nutzung der Betriebsratsräume zu untersagen!



Da die VK-Leitung aber darauf bestand, weiterhin aktive Gewerkschaftsarbeit zu machen, und sich so einfach dieser Betriebsratsarbeit unterzuordnen, blies die Betriebsratsspitze (sicher sehr zur Freude der Unternehmensleitung) zum Sturz der alten VK-Leitung. Dabei vermieden sie es, eine sachliche Auseinandersetzung um die Möglichkeiten der Gewerkschaftsarbeit auf der HDW zu führen. Auch auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vertrauenskörpers gab es so gut wie keine konkrete sachliche Kritik an dem Tätigkeitsbericht der VK-Leitung. Der Betriebsratsvorsitzende meldete sich nur zu Wort, um seine Vorschläge für die neue VK-Leitung anzumelden.

Jürgen Kühnle gegen Otto Kock. Doch Otto erhielt wieder die Mehrheit der Stimmen; sehr zum Ärger der Betriebsratsspitze, die meinten „jemand habe falsch gespielt". Offensichtlich hatten sie nicht alle Vertrauensleute, die sie bekniet hatten, fest im Griff.

Zur Überraschung aller kandidierten dann neben der alten VK-Leitung und den Kandidaten der Betriebsratsspitze auch der Kern der alten SPD-Betriebsgruppe. Zwar erhielten sie nicht einmal ein Viertel der Stimmen, aber sie erreichten eine solche Zusplitterung der Stimmen, daß die festgeklopfte Gruppe der ehemaligen Aktiven knapp ihre Kandidaten durchbrachte; zumindest vier und damit die Mehrheit in der neuen VK-Leitung. Anstelle von Birgit Martius, Holger Geißelbrecht und Christian Matthiessen, denen vier, drei, bzw. eine Stimme fehlten, wurden der freigestellte Betriebsrat Alfred Lampe, der Fachvertreter Götz Müller-Landrè und der jugoslawische Kollege Nikola Cvrkalj neu in die VK-Leitung gewählt. Wiedergewählt wurden Jürgen Kühnle, Ernst Hahn und ohne Gegenkandidat der Kollege Heinz Bewernick zum stellvertretenden VK-Leiter.

Wird die VK-Leitung jetzt zum verlängertem Arm des Betriebsrates?

Diese Gefahr besteht. Die Betriebsratsspitze verfügt somit über gute Aussichten im Konfliktfall zumindest auch in der VK-Leitung den Ton anzugeben.

Sicher ist das gemeinsame Vorgehen von Vertrauenskörper und Betriebsrat lebensnotwendig, aber eine mehr und mehr sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Betriebsratspolitik darf nicht die Arbeit des Vertrauenskörpers lähmen. Und diese Gefahr besteht. Nicht nur formal existiert jetzt die gleiche Situation wie zu Zeiten von Werner Peters.

Seinen Niederschlag fand dies dann auch gleich bei der Wahl des Schriftführers der VK-Leitung. Der bisherige Schriftführer Ernst Hahn wurde von Götz Müller-Landrè abgelöst, mit vier gegen drei Stimmen.

Leider scheint es so zu sein, daß die „Macht" für die Betriebsratsspitze unteilbar ist. Eine sachliche, demokratische Auseinandersetzung um den besten Weg, die Interessen der Belegschaft durchzusetzen ist nicht erwünscht. Deshalb lehnt der BR-Vorsitzende ja auch die weitere Entscheidung durch die Belegschaft selbst (Basisdemokratie) ab.

Eine VK-Leitung, die selbstständig denkt und auf der Basis der Einbeziehung des Vertrauenskörpers, der Mitgliedschaft und der gesamten Belegschaft handelt, eine VK-Leitung, die nicht einfach verlängerter 'Arm des Betriebsrates ist und seine Verhandlungsergebnisse „verkauft", sondern in kritischer Solidarität mit dem Betriebsrat zusammenwirkt, so eine VK-Leitung ist für die Betriebsratsspitze ein „rotes Tuch". Wie sagte ein Kollege: „Als wir Werner Peters gestürzt haben, haben wir den Schah gestürzt, jetzt haben wir einen Ayatollah."

Der Vertrauenskörper muß selbständig bleiben!

Zu hoffen bleibt, daß die von der Mehrheit der Vertrauensleute gewählte VK-Leitung sich dennoch die Selbständigkeit erarbeitet, damit Gewerkschaftsarbeit auf der HDW mehr bleibt als ein Teil der gesetzlich eingeschränkten Betriebsratsarbeit. Voraussetzung ist nicht nur die Einbeziehung aller aktiven und kämpferischen Vertrauensleute in die vorbereitende und leitende Arbeit, sondern auch, daß sich mehr und mehr Vertrauensleute und Mitglieder der IG Metall selbst um ihre Probleme kümmern.

Mitteilung des Koordinationsausschusses der RGO

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie bereits in der Nummer 2/85 der RGO-Nachrichten angekündigt, haben wir beschlossen, für den 14./15. September 1985 den nächsten RGO-Kongreß einzuberufen. Wie schon der letzte Kongreß soll es schwergewichtig ein Arbeitskongreß werden.

Die Themenstellung, die wir uns vorgenommen haben zu behandeln, lautet: Gewerkschaften und Wenderegierung — Anpassung oder Widerstand? Neben einem kurzen Einführungsreferat zu diesem Thema wollen wir in voraussichtlich sechs Arbeitsgruppen einzelne Schwerpunktthemen intensiv behandeln. Dazu haben sich auch im Vorfeld des Kongresses schon Arbeitsgruppen gebildet, die sich ein oder zweimal treffen werden, um bestimmte Materialien zu diesem Thema zu erarbeiten und so etwas wie jeweils ein Thesenpapier zur Eröffnung der Diskussion und Arbeit in den Arbeitsgruppen zu erstellen.

Die Arbeit der Arbeitsgruppen soll schwerpunktmäßig am Samstag stattfinden. Am Sonntag vormittag soll eine gezielte Zusammenfassung und Diskussion im Plenum stattfinden — bezogen auf aktuell anstehende Aufgaben der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den dann folgenden Monaten. Nähere Einzelheiten entnehmt bitte der Tagesordnung, deren Entwurf unten folgt.

Nun zu den Arbeitsgruppen im einzelnen. Wir haben bisher vorgesehen, zu folgenden Themen zu diskutieren:

Arbeitsgruppe 1 — Frauen — einiges an Material dazu werdet ihr schon in den nächsten „RGO-Nachrichten" finden; dazu soll auch diskutiert werden, welche Initiativen im Rahmen der Herbstaktivitäten des DGB unternommen werden sollten.

Arbeitsgruppe 2 — Arbeitslose — auch hier geht es u. a. um Aktivitäten im Rahmen des Herbstes 85.

Arbeitsgruppe 3 — Arbeitszeitverkürzung — angesichts der aktuellen Lage — bisher keine klare Entscheidung des IGM-Vorstandes auf Kündigung der Arbeitszeittarifverträge, sondern eher das Gegenteil — ist es neben einer Bewertung der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in Metall und Druck sicher auch eine Beratung darüber wichtig, wie die Zielsetzung, die 35-Stunden-Woche so schnell wie möglich wieder auf die tarifpolitische Tagesordnung zu setzen, durchgesetzt werden kann.

Diese drei Arbeitsgruppen sollten in ihren konkreten Problemstellungen und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit klassenkämpferischer Kräfte im Plenum vorrangig ausgewertet werden. Dazu sollen die folgenden drei Arbeitsgruppen kommen:

Arbeitsgruppe 4 — Lohn- und Gehaltsfragen — angesichts der Angriffe auf die Lebenslage der abhängig Beschäftigten durch Reallohnabbau und Forderungen nach weiterer Differenzierung und Senkung der Lohnkosten erscheint eine gründlichere Behandlung auch dieses Themas wichtig.

Arbeitsgruppe 5 — soziale Sicherungssysteme — hier sind ja in den letzten Jahren schon massiv Einschnitte vorgenommen worden, weitere Einschnitte insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sind angekündigt. Dieser Bereich steht weiterhin im Angriffsfeld der Wenderegierung und der Unternehmer — unter der Parole: Senkung der Lohnnebenkosten, mehr Eigenbeteiligung.

Arbeitsgruppe 6 — neue Technologien — neben grundsätzlicheren Überlegungen zur Folgeeinschätzung in bezug auf Arbeitsplätze und die konkrete Qualität der verbleibenden Arbeitsplätze soll hier auch eine nähere Auseinandersetzung mit dem IGM-Programm „Arbeit und Technik" geführt werden.

Dieser grobe Überblick zeigt in etwa, in welche Richtung unsere Überlegungen für die Arbeit des Kongresses gehen. Neben der Bitte um Beteiligung am Kongreß — Anmeldeformulare anbei — seid ihr alle aufgerufen, euch eventuell auch schon vorher an einer der Arbeitsgruppen zu beteiligen — kurze Postkarte oder kurzer Anruf genügt.

Wie auch in der Vergangenheit soll der Kongreß offen sein für andere interessierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Unabhängig davon, daß wir vom Koordinationsausschuß gezielt bestimmte Kolleginnen und Kollegen ansprechen werden, solltet ihr dies vor Ort auch tun. Wenn ihr dazu noch weitere Einladungen braucht, so meldet euch, falls ihr eure nicht selbst kopieren könnt. Köln soll wieder Tagungsort sein.

Für Kolleginnen und Kollegen, die nicht in NRW wohnen, besteht die Möglichkeit, am Freitag, den 13. September, anzureisen. Füllt bitte bei eurer Anmeldung, die ihr ruhig jetzt schon absenden könnt, genau aus, wann ihr kommt, etc. Macht nach Möglichkeit am Ort Fahrgemeinschaften, weil es dann billiger wird. Für weitere Anfahrtswege gibt es die Möglichkeit von Zuschußregelungen. Ebenso für Arbeitslose, für die auch ein Nachlaß bei den Übernachtungskosten gewährt wird.

Tagesordnungsvorschlag

Samstag, 14.9.85: 9.00 Uhr Begrüßung, Tätigkeitsbericht/Finanzbericht des Koordinationsausschusses, Diskussion über die Berichte; 11.30 Uhr Einleitungsreferat zu den Arbeitsgruppen und zum Thema des Kongresses; 12.00 Uhr Mittagessen. Jeder kann sich endgültig für eine der Arbeitsgruppen entscheiden. 13.30 Uhr Arbeitsgruppen; 15.00 Uhr Kaffee; 15.30 Uhr Arbeitsgruppen; 18.00 Uhr Abendessen. Danach zur freien Verfügung. Bei Interesse auch weiteres Arbeiten der Arbeitsgruppen.

Sonntag, 15.9.85: 8.30 Uhr Berichte der Arbeitsgruppen, Schwerpunkt 1—3, praktische Aktivitäten, Herbstaktivitäten des DGB, Eingreifen der klassenkämpferischen Kräfte; 11.00 Uhr Anträge zum Kongreß, Neuwahl des Koordinationsausschusses; 12.00 Uhr Mittagessen; 13.00 Uhr Fortsetzung; 15.00 Uhr Schluß.

Euer Koordinationsausschuß

Stillegungspläne bei P+S in Peine

Das Schweigen muß durchbrochen werden!

Während in Peine (bei 14,6 Prozent Arbeitslosen) und besonders bei den Kollegen des Stahlwerkes P + S aufgrund von Personalabbau und Stillegungsplänen die Zukunft finster aussieht, findet darüber kaum eine öffentliche Debatte statt. Die Medien schweigen sich aus, das Walzwerk läuft auf Hochtouren, obwohl jede(r) weiß, daß demnächst nichts mehr läuft. Totschweigetaktik.

Und doch, auch wenn es eine solche Taktik ist, sie ist nicht perfekt. Unter dem Titel „Die Wende im Betrieb" hatten die Peiner Jusos für den 27.6.85 eine Veranstaltung einberaumt, zu der auch im „Heißen Eisen", der Betriebszeitung der KPD aufgerufen wurde. Bei der Veranstaltung wurde die Wende anhand von vier Fallbeispielen (z. B. den Fall der Entlassung des Betriebsrats Michael Zimball) recht deutlich dargestellt. Es bestand die Chance, im größeren Kreis (ca. 30 bis 40 Gewerkschafter/innen waren anwesend) daran politische Überlegungen zur Entwicklung des betrieblichen Widerstandes anzuknüpfen.

Sehr schnell prallten hierbei zwei Standpunkte aufeinander. Die fortschrittlichen Kollegen und Betriebsräte machten deutlich, daß hier eine Politik keinen Erfolg hatte und haben kann, die sich an dem Strickmuster der Sozialpartnerschaft orientiert. Beleg hierfür mögen auch die Erfahrungen des Kollegen Zimball sein, der sich in seinem verlorenen Prozeß auf Anraten seines Rechtsanwaltes (Büropartner des Albrecht-Herausforderers Schröder) auf die Taktik des „nicht zu viel Staub aufwirbeln" einließ. Und dieses Problem wurde auch insgesamt deutlich ausgesprochen; denn vielen Schweinereien bei P + S wurde deshalb kein Widerstand entgegengesetzt, weil der Betriebsrat allzusehr darauf vertraute, die Sache „unter Partnern" regeln zu können.

Hier wurde also im Rahmen einer Juso-Veranstaltung recht offen eine Politik in Frage gestellt, die nach wie vor offizielle Parteidoktrin der SPD ist.

Demgegenüber traten maßgeblich zwei Betriebsräte für die Politik der Sozialpartnerschaft ein. Nachdem sie sich in der Diskussion wenig durchsetzen konnten, zeigten sie, wie man 's macht: der anwesende örtliche Pressezar wurde in den Nebenraum gelotst und unter dem Staunen der in Sichtweite verbliebenen Veranstaltungsteilnehmer wurde geregelt, wie denn die behandelten Fallbeispiele in der „Peiner Allgemeinen" darzustellen seien: nämlich glatt, problemlos und unternehmerfreundlich. Die beiden Betriebsräte beantworteten damit indirekt aber deutlich die von einem Vertrauensmann in der vorherigen Diskussion gestellte Frage, ob sie eigentlich gedenken, die Interessen des Betriebes **oder** der Kollegen zu vertreten.

Ein weiteres Beruhigungsmittel schlich mittlerweile durch den Raum: ein Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes, dem die ganze Veranstaltung offensichtlich Bauchschmerzen machte, und der nach und nach die Jusos in Gespräche verwickelte. Worum es ihm ging, konnte man vermuten. Am nächsten Tag stand 's in der Zeitung: die in unserem „Heißen Eisen" „kaschierte Volksfront-Theorie lehnte der SPD-Unterbezirksvorsitzende Reinholz strikt ab".

Daran können wir ihn zunächst einmal nicht hindern, doch ob und wie er Kontakte zwischen Kollegen aus den Reihen der Jusos und der KPD unterbinden will, ist zunächst einmal sein Problem. Ebenso wie es für die SPD und dem von ihr beherrschten Betriebsrat recht problematisch werden kann, daß man in aller Eile und unter massivem Druck die Unterzeichner des Aufrufes der Juso-Veranstaltung zur Distanzierung auffordert.

Spätestens nach der Urlaubszeit, wenn es darum geht, einen BR-Beschluß zur Verweigerung von Überstunden durchzusetzen, muß sich zeigen, wer dieses Ziel anpackt und wieweit tatsächlich der Einfluß der Sozialpartner und ihrer Totschweigetaktik reicht.

Bundesanstalt für Arbeit

Diskriminierende Vermittlungspraxis

Die geschlechtsspezifische Begründung einer Nichteinstellung ist rechtswidrig. Das gilt selbstverständlich auch für Auszubildende. Die Bundesanstalt für Arbeit kümmert es offensichtlich nicht. Offiziell wurde in der vergangenen Woche bestätigt, daß die Nürnberger Bundesanstalt an die Arbeitsämter eine interne Dienstanweisung herausgegeben hat, derzufolge die Arbeitsämter weiblichen Lehrstellensuchenden Lehrstellenangebote verschweigen, wenn die Firmen zuvor erklärt haben, daß sie nur Jungen einstellen werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit macht den Unternehmern sogar direkt das Angebot, ihnen bei der Umgehung des gesetzlichen Diskriminierungsverbots für Frauen behilflich zu sein. In einem von den Arbeitsämtern an die Firmen verschickten Fragebogen, in dem diese Zahl und Art der von ihnen angebotenen Ausbildungsplätze eintragen sollen, werden die Unternehmer in der Rubrik „besondere Wünsche" auch gefragt, welche Vorstellungen sie über das Geschlecht des Bewerbers haben. Geben die Betriebe an, sie wollten nur männliche Azubis, werden die entsprechenden Karteikarten beim Stuttgarter Arbeitsamt beispielsweise mit einem schwarzen Punkt markiert. So wird sichergestellt, daß die betreffende Firma nicht doch durch die Bewerbung eines Mädchens belästigt wird.

Die Nürnberger Bundesanstalt hat ausdrücklich erklärt, daß eine solche Praxis in ihrem Sinne sei. Ein Sprecher der BfA teilte laut Frankfurter Rundschau weiter mit, bei festgefügten Vorbehalten sei es zwecklos, dem Arbeitgeber seine ablehnende Haltung gegenüber der Einstellung weiblicher Lehrlinge auszureden. Selbst wenn es zwecklos wäre, folgt daraus ja nun nicht, daß die Arbeitsämter zur Vollstreckungsbehörde der Frauendiskriminierung durch die Unternehmer werden und das bestehende gesetzliche Diskriminierungsverbot vollends zur Farce machen.

Ausnahmsweise müssen wir einer Behörde der baden-württembergischen Landesregierung zustimmen. Die dortige Leitstelle für Frauenfragen sprach von einer „Mordsschweinerei".

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen

Fortschritte in der Zusammenarbeit

Vom 28.—30. Juni fand das erste Treffen des Koordinierungsausschusses gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen statt. Seine Bildung geht auf das erste Treffen gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen im Dezember letzten Jahres in Hörste zurück. Inzwischen haben ca. 25 DGB-Kreise bzw. Gliederungen von Einzelgewerkschaften Kolleginnen und Kollegen für den Koordinierungsausschuß benannt.

Auf seinem ersten Treffen befaßte sich der Koordinierungsausschuß mit drei Themen:

1. Arbeitstagung zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit des DGB-Landesbezirks NRW, 19.—23. August 1985. Diese Initiative des DGB/NRW wurde begrüßt. Der KO-Ausschuß will an der Vorbereitung der Tagung mitarbeiten und sich um eine rege Teilnahme bemühen.

2. Aktionswoche des DGB gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, 14.—20. 10. 1985. Hierzu veröffentlichte der KO-Ausschuß einen Aufruf (siehe Kasten). Vorgeschlagen wird, daß der 12. Oktober als eigener Beitrag der Arbeitslosengruppen zur Aktionswoche des DGB geplant wird. Selbstverständlich ruft der KO-Ausschuß die Arbeitslosengruppen zur Unterstützung sämtlicher Aktivitäten der Aktionswoche auf.

3. Zweite Bundesweite Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Dezember 85/Januar 86. Die Tagung soll sich schwerpunktmäßig mit dem Themenkomplex „Beschäftigungspolitik/2. Arbeitsmarkt/ABM" beschäftigen. Eingeladen werden sollen auch Vertrauensleute und Betriebsräte aus besonders von der Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Betrieben.

In dem Bericht über sein erstes Treffen geht der KO-Ausschuß auch darauf ein, wie er seine Aufgabenstellung sieht:

„Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses sind sich darüber im klaren, daß der Schwerpunkt der Arbeitslosenarbeit vor Ort liegen muß. Inzwischen hat sich eine Vielzahl von guten Ansätzen entwickelt, es werden aber immer noch zu wenig arbeitslose Kolleginnen und Kollegen erreicht. Auch die notwendige Verbindung von gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb gestalte sich häufig noch äußerst schwierig. Deshalb ist ein organisierter und systematischer Erfahrungsaustausch und eine verstärkte Zusammenarbeit wichtig, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Der Koordinierungsausschuß und die Koordinierungsstelle werden ihre Arbeit in diesem Sinne fortsetzen und intensivieren. Dazu sollen Gespräche mit den Einzelgewerkschaften und dem DGB auf Vorstandsebene geführt werden. Mit der Nachfrage um ein Informationsgespräch geht dieser Bericht deshalb an den DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften."

Aufruf

Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Wehren wir uns, ehe es zu spät ist!

Seit 10 Jahren haben wir Millionen Arbeitslose. Alle Rezepte, mit denen man uns Beschäftigung versprochen hat, sind wirkungslos geblieben. Das kann nicht verwundern. Wer die Arbeitszeitverkürzung verteufelt, Beschäftigungsprogramme verweigert, Sozialleistungen kürzt und eine Umverteilung von unten nach oben betreibt, kann nicht zugleich die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Bekämpft werden die Arbeitslosen und Beschäftigten. Schlag auf Schlag werden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte ausgehöhlt: Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Tarifrecht.

Als Folge dieser Politik werden immer mehr Arbeitnehmer und ihre Familien in Armut und soziale Not getrieben, Jugendlichen droht berufliche Perspektivlosigkeit.

Die Unternehmer produzieren Massenarbeitslosigkeit und nutzen sie zum Abbau von Arbeitnehmerrechten. Der beabsichtigten Spaltung stellen wir die Solidarität von Arbeitslosen und Beschäftigten entgegen. Solidarität heißt nicht, die Opfer innerhalb der Arbeiterschaft „gerechter" zu verteilen. Solidarität ist vielmehr der Auftrag, gemeinsam aufzustehen un den Unternehmern und ihrer Regierung Rechte, Leistungen und Verfügungsmacht abzutrotzen.

Wir rufen alle Arbeitslosen auf, die **Aktionswoche des DGB vom 14. bis 20. Oktober 1985** mit uns gemeinsam aktiv zu nutzen, um sich gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu wehren! Insbesondere rufen wir alle Arbeitslosengruppen und -initiativen auf

- örtliche Aktionskomitees aller Initiativen, Gewerkschaften und arbeitnehmerorientierten Organisationen zur Vorbereitung der Aktionswoche zu bilden
- am Samstag, dem 12. Oktober 1985 in allen Städten Infostände und Aktionen zur Unterstützung der Aktionswoche durchzuführen.

Die Forderungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sind auch unsere!

Arbeit für alle! Es muß sofort ein umfassendes, strukturell gegliedertes Beschäftigungsprogramm, das Dauerarbeitsplätze schafft, beschlossen und durchgeführt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit ist bei vollem Lohn- und Personalausgleich weiter zu verkürzen.

Stopp dem Sozialabbau! Der seit 1975 massiv betriebene Sozialabbau ist sofort zu stoppen und alle seit 1982 vorgenommenen Kürzungen sind zurückzunehmen.

Verteidigt die Arbeitnehmerrechte! Das „Beschäftigungsförderungsgesetz" muß vom Tisch, Massenentlassungen müssen verboten werden. Alle Pläne zur Einschränkung gewerkschaftlicher und betrieblicher Rechte müssen abgewehrt und die betriebliche Mitbestimmung muß ausgebaut werden.

Koordinierungsausschuß gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

IG Chemie/Leverkusen

Ausschlußdrohung gegen oppositionelle Gewerkschafter

Die Verwaltungsstelle Leverkusen der IG Chemie hat gegen elf Mitglieder der Gruppe „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei Bayer Ausschlußverfahren eröffnet.

Zur Begründung führt die Verwaltungsstelle ein im Mai dieses Jahres verteiltes Flugblatt an. Darin wurde der Tarifabschluß zum Vorruhestand kritisiert. In dem Flugblatt war auch die spalterische Haltung noch einmal kritisiert worden, die die IG Chemie-Führung im Kampf für die 35-Stunden-Woche eingenommen hatte. Weil die Kolleginnen und Kollegen sich weigerten, sich vom Inhalt dieses Flugblattes zu distanzieren, stellte die Verwaltungsstelle Leverkusen jetzt den Ausschlußantrag.

Zur Gruppe der nun vom Ausschluß bedrohten Kolleginnen und Kollegen gehört auch die Betriebsrätin Marianne Hürten. Sie war bei der Landtagswahl in NRW auf Platz 1 der Landesliste der Grünen. Sie hatte im Mai von der Bayer AG eine Abmahnung erhalten, weil sie während des Wahlkampfes auch die Rolle von Bayer im Zusammenhang mit Umweltskandalen angesprochen hatte. Gegen die Abmahnung hatte Marianne Hürten Widerspruch eingelegt. Gegen die angedrohten Gewerkschaftsausschlüsse haben die Kolleginnen und Kollegen Widerspruch beim Hauptvorstand eingelegt.

Dokumentation

Erste bundesweite Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Aus dem Inhalt der Dokumentation: Dem Druckmittel Arbeitslosigkeit gewerkschaftliche Solidarität entgegenstellen (Detlef Hensche), Arbeitslose und Gewerkschaften — ein historischer Rückblick (Wittich Roßmann), Gegen Massenarbeitslosigkeit und soziale Armut, Entwicklung gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit, Resolutionen, Adressenverzeichnis u. a.

Zu bestellen bei: Arbeitslosen-Initiative Lage-Lippe e.V., Schulstraße 12a, 4937 Lage/Lippe

Preis: 5,00 DM plus Versandkosten

Herbstaktivitäten

Woche der ausländischen Mitbürger

Vom 29. 9. bis 5. 10. 1985 soll eine Woche ausländischer Mitbürger stattfinden, zu der der Bundesvorstand des DGB und der Ökumenische Vorbereitungsausschuß, dem Vertreter aller christlichen Kirchen angehören, aufrufen. Der gemeinsame Aufruf von Gewerkschaften und Kirchen dazu fordert u. a. ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Familienangehörigen ausländischer Arbeiter, uneingeschränkten Familiennachzug, gesichertes Aufenthaltsrecht auch bei Arbeitslosigkeit und bei Sozialhilfebezug. (S. dazu auch RM 26/85)

Frankfurter Appell

Am 21./22. September findet die nächste Sitzung des Koordinationsausschusses des „Frankfurter Appells“ statt. Schwerpunktthema ist die weitere Diskussion und konkrete Vorbereitung der für den 23./24. November ins Auge gefaßten ausländerpolitischen Konferenz. (Aufruf und Vorschlag dazu im RM 23/85).

Für den Ablauf dieser Konferenz liegt inzwischen ein Vorschlag des Koordinierungsbüros des „Frankfurter Appells“ vor. Danach soll der Ablauf der Konferenz in etwa so aussehen:

Freitag abend: Eröffnungskonzert;

Samstag vormittag ein einführendes Plenum; dann Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

Ausländerbeiräte — Diskussion über die Rolle der Ausländerbeiräte und Erfahrungsaustausch;

Kommunales Wahlrecht für Ausländer — Diskussion unter Beteiligung von Aktiven aus Frankreich und den Niederlanden, Erfahrungsaustausch; **Niederlassungsrecht** — Diskussion über den Gesetzentwurf der Grünen und der SPD; wie könnte ein solches Gesetz durchgesetzt werden?;

doppelte Staatsangehörigkeit — Diskusson über pro und contra;

Ausländerpolitik — auf dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ausländerpolitik Diskussion über durchsetzungsstrategien für ausländerpolitische Forderungen.

Samstag abend: Asylveranstaltung gemeinsam mit CEDRI Basel;

Sonntag vormittag: Abschlußplenum, auf dem eine Resolution zum weiteren Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit diskutiert und verabschiedet werden soll. Einen Vorschlag für eine solche Resolution legt das Koordinierungsbüro beim Treffen des Koordinationsausschusses am 21./22. September vor.

Alle Organisationen, Initiativen usw. sind aufgerufen, den Vorschlag für eine ausländerpolitische Konferenz im November zu diskutieren und sich auch über den konkreten Ablauf der Konferenz Gedanken zu machen. Am 21./22. September wird insgesamt darüber beraten und entschieden. Das Koordinationsbüro ist zu erreichen über die Nummer: (069) 731092

Antifa-Treffen Ruhr

Am Samstag, 24. August, wird in Gelsenkirchen das dritte Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen stattfinden. Das Treffen wird von der Gelsenkirchner Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit vorbereitet. Zeit und Ort: 24.8.85, 10.00 Uhr, Begegnungszentrum der Arbeiterwohlfahrt, Grenzstr. 47, Gelsenkirchen.

Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany?“

Vom 6. bis 8. September 1985 findet in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel die bundesweite Alternativkonferenz: Atombomben made in Germany? statt. Hier noch einmal das Programm:

Freitag, 6.9.85, 19.00 Uhr:
Betreibt die Bundesrepublik eine militärische Atompolitik? (Podiumsstreitgespräch).

Samstag, 7.9.85, 9 - 10 Uhr:
Einführung in die Problematik (Helmut Hirsch)
10 - 11 Uhr:
BRD-Politik bezüglich der Atomwaffentests (Greenpeace/Colin Avey)
11 - 13 Uhr:
BRD und nukleare Aufrüstung
- Der Nuklearvorbehalt und die Rolle der BRD bei der nuklearen Aufrüstung der NATO
- BRD, WEU und Westeuropäische Nuklearpolitik
- Podiumsdiskussion

13 - 14 Uhr:
Mittag
14 - 16 Uhr:
Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik
Atomexporte an konkreten Beispielen:
Argentinien/Brasilien
Südafrika
ab 16 Uhr:
Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
1. Superphenix/Europäische nukleare Aufrüstung (M. Schneider, W.M. Catenhusen)
2. ‚‚Zivile Atomtechnologie“ und nukleare Aufrüstung — Aufgaben von Friedens- und Anti-AKW/Ökologie-Bewegung Vertr. a. Wackersdorf)
3. Beispiel Brasilien: Bilaterale Raketen und Atomforschung (Mario Birkholz)
4. Atomexporte — Bedeutung für BRD-Atomprogramm und Auswirkungen für die 3. Welt
5. Erhöhung der weltweiten Kriegsgefahr durch Atomexporte?
6. Koloniale und ethnische Unterdrückung durch Uranabbau für bundesdeutsche AKW (Namibia/Australien u. a.)
7. BRD-Atompolitik und US-Globalstrategie
8. Positionen zur Atompolitik der Bundesrepublik links von der CDU
9. Internationale Initiativen für nukleare Abrüstung und Widerstand gegen Atomwaffentests der Großmächte
...weitere Vorschläge sind willkommen.

Sonntag, 8.9.85, 9 - 11 Uhr:
Atomwaffentechnologie in der BRD
Plutoniumtechnologie in der BRD (Roland Kollert)
Urananreicherung in der BRD (J. Boer)
Gibt es eine industrielle Infrastruktur für die nukleare Option in der BRD?
Gibt es eine militärische Infrastruktur für die nukleare Option in der BRD?
12 - 14 Uhr:
Wichtige Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Schlußdiskussion — Konferenzstatement des Trägerkreises

Zur Teilnahme und Unterstützung an dieser Konferenz hat auch der Große Ratschlag der Friedensbewegung im Juni aufgerufen.

Kontaktadresse für die Alternativkonferenz: Trägerkreis Atomwaffensperrvertrag, c/o H. Lorscheid, Klemens-Hofbauerstr. 17, 5300 Bonn.

Nach 13 Jahren Radikalenerlaß

Sozialdemokratischer Abschied vom Berufsverbot

Nach 13 Jahren Radikalenerlaß und Berufsverbot hat Ende Juni zum ersten Mal eine Länderregierung für ihren Kompetenzbereich die Richtlinien für die Überprüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst ersatzlos gestrichen. Ein Ereignis, das uns auch nach vier Wochen noch der Erwähnung wert scheint.

Die Entscheidung der saarländischen Landesregierung hat bei der CDU/CSU große Empörung ausgelöst. Die „Saarbrücker Zeitung“ erschien mit der Schlagzeile „Saar-Regierung bricht Verfassung“. Es wird mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht gedroht. Das ist insofern nicht verwunderlich, als sich bereits durch die jüngste Verschärfung der Berufsverbotspraxis bei der Bundespost und in Bayern (Ausweitung auf Referendare) zeigte, daß für die Unionsparteien die Berufsverbotspraxis nach wie vor wesentlicher Bestandteil ihrer sogenannten wehrhaften Demokratie ist.

Die Saar-Regierung begründet ihre Entscheidung damit, daß sie mehr Toleranz in der politischen Auseinandersetzung und mehr Demokratie schaffen will. Sie beklagt das Klima der Angst vor Gesinnungsschnüffelei, das durch den — bekanntermaßen von Willy Brandt initiierten — Radikalenerlaß entstanden ist. Selbst aus der offiziellen Presseerklärung wird aber auch deutlich, daß es nicht nur um demokratisches Engagement geht, sondern auch um politisches Kalkül.

Angesichts der Tatsache, daß es heute eben keine der Apo-Zeit vergleichbare Studentenbewegung gibt; angesichts der Tatsache, daß es heute kaum noch Einstellungen im öffentlichen Dienst gibt und der Staat insbesondere unter den Lehrern sozusagen freie Auswahl hat; angesichts der Tatsache schließlich, daß es dieses Klima der Angst gerade im öffentlichen Dienst in einem ungeheuren Ausmaß gibt und in unzähligen Fällen heute die Schere im Kopf staatliche Berufsverbote überflüssig macht — angesichts dieser Tatsache muß insbesondere in den Augen derjenigen Sozialdemokraten, die die jüngere Generation wieder von den Grünen zurückgewinnen wollen, die Aufrechterhaltung des Radikalenerlasses tatsächlich politisch töricht erscheinen.

Ob zumindest Teile der SPD ernst machen wollen mit der Vertreibung des Klimas der Angst aus dem öffentlichen Dienst, muß jedenfalls erst noch bewiesen werden.



Im Wortlaut

Beschluß der Saar-Regierung

Auf Vorschlag des Ministers des Innern, Friedel Läpple (SPD), hat die Landesregierung die Richtlinien für die Überprüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, die aus dem Jahre 1979 stammen, aufgehoben. Für die Entscheidung der Landesregierung sind folgende Grundsätze und Überlegungen maßgeblich.

1. Für die Landesregierung ist es von maßgeblicher Bedeutung, daß sich der Beamte in seiner Amtsführung engagiert für die Verfassung einsetzt; denn der Beamte bestätigt seine Verfassungstreue nicht mit Bekenntnissen und Gesinnung, sondern in erster Linie in der Art, wie er seine Pflichten erfüllt. Dabei stützt sich die Landesregierung auf die bestehende Rechtslage, wonach es ein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums ist, daß dem Beamten eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt. Beamter darf deshalb nach den Bestimmungen des Saarländischen Beamtengesetzes nur werden, wer die Gewär dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt. Gleiches gilt auch für die Berufung in ein Richterverhältnis.

2. Die Landesregierung bringt ihren Bürgern Vertrauen entgegen. Deshalb ist die Verfassungstreue der Staatsbürger solange nicht in Zweifel zu ziehen, wie keine Anhaltspunkte für ein verfassungswidriges Handeln vorliegen. Ein Bewerber für ein Beamten- oder Richteramt braucht deshalb auch nicht nachzuweisen, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten bereit ist.

3. Mit der Aufhebung will die Landesregierung einen Beitrag zu mehr Toleranz in der politischen Auseinandersetzung und zu mehr Demokratie in unserem Land leisten. Dies entspricht dem Grundsatz unserer Verfassung mehr als Gesinnungsprüfungen, welche — wie das Bundesverfassungsgericht ausgeführt hat — „die politische Atmosphäre vergiften, nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie irritieren und den freiheitlichen Staat diskreditieren.“

Die neue saarländische Landesregierung hält die Aufhebung darüber hinaus aus folgenden Gründen für geboten:

a) Die Richtlinien beruhen auf dem Radikalenerlaß aus dem Jahre 1972. Dessen Durchführung hat in der Bundesrepublik ein Klima der Angst vor Gesinnungsschnüffelei erzeugt, das einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung abträglich ist. Die Durchführung war, rechtlich gesehen, bedenklich und vom politischen Standpunkt aus töricht. Der Richter am Bundesverfassungsgericht Helmut Simon hat ausgeführt, daß sie geeignet war, die „Leuchtkraft in der bundesdeutschen Verfassungsordnung durch Gesinnungsschnüffelei zu verdunkeln.“

b) Die Praxis des Radikalenerlasses hat dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland geschadet. Von der Europäischen Kommission für Menschenrechte wurde der Radikalenerlaß als eine „für eine demokratische Gesellschaft nicht notwendige Loyalitätskontrolle Staatsbediensteter“ beanstandet, die unverhältnismäßig und in einer demokratischen Gesellschaft unnötig sei. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Organisation der Vereinten Nationen, hat sogar die Praxis des Radikalenerlasses überprüfen lassen.

Daß die Durchführung des Radikalenerlasses ein bürokratischer Irrweg war, der beklagenswerte Begleiterscheinungen nach sich gezogen hat, wird deutlich daran, daß im Saarland die eigens für die Überprüfung der Verfassungstreue gebildete Kommission seit 1972 nur einmal tätig wurde, und die früher geübte routinemäßige Überprüfung durch Anfrage beim Verfassungsschutz in keinem Fall zu einer Ablehnung des Bewerbers geführt hat. Die Landesregierung leistet demzufolge mit der Aufhebung der Richtlinien einen wichtigen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung und zu mehr Demokratie.

(Text der offiziellen Presseerklärung vom 26.6.85)

Der Fall Repp

Ebenfalls Ende Juni hob das Bundesdisziplinargericht das Berufsverbot gegen den Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp auf. Wolfgang Repp war, obwohl bereits zum Beamten auf Lebenszeit ernannt, im Mai letzten Jahres auf allerhöchste Anweisung vom Dienst suspendiert worden, weil er bei Wahlen für die DKP kandidiert hatte. Diese Suspendierung von Wolfgang Repp stützte sich auf Urteile des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Bundesbahnbeamten Hans Meister.

Der Bundesdisziplinaranwalt kündigte sofort nach dem Urteil an, daß er dagegen erneut das Bundesverwaltungsgericht anrufen werde.

Wenn damit auch das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, so ist es doch immerhin ein weiterer Lichtblick im Kampf gegen die Berufsverbote.

Polizeiaktion gegen „Freiraum“

Am 28. Juni wurden in München sechs Wohnungen, eine Druckerei sowie ein Info-Laden von der Polizei durchsucht. Außerdem auch eine Wohnung in Regensburg und eine in Berlin. Anlaß der Polizeiaktion war laut Durchsuchungsbeschluß die Tatsache, daß die anarchistische Zeitung „Freiraum“ eine Erklärung und einen Aufruf zum Widerstand gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Schwandorf veröffentlicht hatte, was von der Justiz als „Aufruf zu strafbaren Handlungen“ gewertet wurde. Damit sind jetzt bereits sechs Nummern von bisher zehn erschienenen Ausgaben des „Freiraum“ der staatlichen Zensur zum Opfer gefallen. Diesmal allerdings wurde auch gleich — am 2.7. — der Herausgeber des „Freiraum“, Fred Steinsdörfer, in Untersuchungshaft genommen.

In den Wohnungen wurden von der Polizei ganze Schreibtische leergeräumt, nicht nur „Freiräume“, sondern u. a. auch 600 Exemplare der gemeinsamen Beilage der revolutionären Sozialisten mitgenommen, sowie Schreibmaschinen, Briefe, usw. Im Info-Laden wurden außerdem auch noch die Geschäftsunterlagen beschlagnahmt.

Kurz und knapp

§ 218

Die bayrische Landesregierung hat jetzt beschlossen, daß Beamtinnen vom 1. Oktober dieses Jahres an bei einem Schwangerschaftsabbruch mit der sozialen Notlagen-Indikation keine staatliche Beihilfe mehr bekommen sollen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die bayrische Landesregierung in dem Bereich, in dem sie die Macht dazu hat, die sogenannte Abtreibung auf Krankenschein abgeschafft hat.

Gleichzeitig forderte Edmund Stoiber erneut, daß die Bundesregierung endlich in Karlsruhe gegen die jetzige gesetzliche Abtreibungsregelung klagen solle, statt Länderregierungen vorzuschicken.

Das will Kohl aber nicht. Ob es — zumindest vor den Bundestagswahlen — überhaupt noch zu einer Verfassungsklage kommt, hängt deshalb davon ab, wie stark der öffentliche Druck ist, der auf die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ausgeübt wird. Denn in Baden-Württemberg hat der letzte CDU-Landesparteitag Lothar Späth in dieser Beziehung die Hände gebunden.

Am 29. August wird der Landtag in Rheinland-Pfalz beraten. Nach der Sommerpause will das Landeskabinett entscheiden.

129 und ein a

Exakt 129 Mitglieder versammelten sich am letzten Samstag in Hannover zur Gründungsversammlung der „Terroristischen Vereinigung Hannover". Außerdem anwesend war eine kleine Katze, das Vereinsmaskottchen, das auf den Namen „a" hört.

Laut Paragraph 1.2.9. der Satzung ist es Ziel des Vereins, „die Bildung und Erziehung im Bereich der besonderen staatsbürgerlichen und politischen Konspiration" zu fördern. Außerdem will der Verein einen Beitrag leisten zur „zwischenmenschlichen Entspannung und innenpolitischen Spannung". Erste geplante Aktivität: der Eintrag ins Vereinsregister Hannover soll erreicht werden. Man möchte zur „Terroristischen Vereinigung Hannover e.V." werden. Außerdem rechnen die 129 Mitglieder damit, daß sie — wie viele andere auch — „als gemeinnützig und förderungswürdig anerkannt und von der Steuerpflicht befreit werden.

Wie der zweite Vorsitzende der Vereinigung laut taz mitteilte, ist außerdem an ein öffentliches Gelöbnis in der Innenstadt Hannovers gedacht. In einer feierlichen Zeremonie sollen die 129 Vereinsmitglieder auf die „freiheitlich-terroristische Ordnung" vereidigt werden. Am gleichen Tag sollen an Firmen und Regierungsgebäuden zahlreiche „Anschläge" angebracht werden...

Demonstrationsfreiheit und Demokratie

Fortsetzung von Seite 1

über ein Demonstrationsverbot in der Nähe des Bauplatzes hielt es dagegen für verfassungsmäßig.

Das Verbot war seinerzeit damit begründet worden, daß „Gewalttätigkeiten" zu erwarten seien. Das BVG sieht darin keinen ausreichenden Grund für ein Verbot. Zwar garantiert nach Ansicht des BVG das Grundgesetz nur das Recht auf friedliche Demonstrationen. In Brokdorf war die Masse der Demonstranten aber auch mit friedlichen Demonstrationsabsichten gekommen. Wegen einzelner Gruppen, die Gewalt ausüben, darf aber, so das BVG, eine Demonstration nicht insgesamt verboten werden: „Praktisch könnte dann jede Großdemonstration verboten werden, da sich nahezu immer ‚Erkenntnisse' über unfriedliche Absichten eines Teils der Teilnehmer beibringen lassen."

Interessant ist der Teil des Urteils, indem sich das BVG mit der Bedeutung des Demonstrationsrechts in der parlamentarischen Demokratie befaßt. Nachdem zunächst ausgeführt wird, daß sich das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung nicht auf Wahlen allein beschränken dürfe, heißt es dann: „An diesem Prozeß (dem politischen Willensbildungsprozeß — RM) sind die Bürger in unterschiedlichem Maße beteiligt. Große Verbände, finanzstarke Geldgeber oder Massenmedien können beträchtliche Einflüsse ausüben, während sich der Staatsbürger eher als ohnmächtig erlebt. In einer Gesellschaft, in welcher der direkte Zugang zu den Medien und die Chance, sich durch sie zu äußern, auf wenige beschränkt ist, verbleibt dem einzelnen neben seiner organisatorischen Mitwirkung in Parteien und Verbänden im allgemeinen nur eine kollektive Einflußnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen. Die ungehinderte Ausübung des Freiheitsrechts wirkt nicht nur dem Bewußtsein politischer Ohnmacht und gefährlichen Tendenzen zur Staatsverdrossenheit entgegen..." Was im letzten Satz angesprochen ist, wird an anderer Stelle des Urteils noch deutlicher formuliert, wo es heißt: „In der Literatur wird die stabilisierende Wir-Funktion der Versammlungsfreiheit für das repräsentative System zutreffend dahin beschrieben, sie gestatte Unzufriedenen, Unmut und Kritik öffentlich vorzubringen und abzuarbeiten (!) und fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems, das Störpotentiale anzeige, Integrationsdefizite sichtbar und damit auch Kurskorrekturen der offiziellen Politik möglich mache."

Das Urteil deutet aber auch in verschiedenen Passagen an, wo es ganz konkret Verstöße gegen das Demonstrationsrecht sieht: bei der Behinderung von Anfahrten, bei exzessiven Kontrollen und bei exzessiven Observationen während der Demonstration; bei verkehrspolitisch begründeten polizeilichen Einwänden gegen Demonstrationen usw.

Von daher ist die Einschätzung des innenpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Burkhard Hirsch, daß nach diesem Urteil Teile des neuen Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, wohl zutreffend. Auch Ländervorschriften über die Bezahlung von Polizei- und Reinigungseinsätzen durch die Demonstranten müßten eigentlich gestützt auf dieses Urteil vom Tisch gebracht werden können.

Was auf jeden Fall aber ganz kurzfristig nach diesem Urteil ansteht, ist der Kampf für eine Amnestie für **alle**, die im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration verurteilt wurden.



Demonstration in Brokdorf, 1981, der Polizeistaat in Aktion

Neue Geheimdienstgesetze geplant

Über „Amtshilfe" zur Staatspolizei?

Datenskandale hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Und immer wieder auch Versuche, über solch neutral klingende Begriffe wie „Amtshilfe" zu einem Zentralcomputer zu kommen, der alles und jedes speichert. Ohne Zweifel gibt es im Geheimen enorme Datensammlungen — ab und an erschien die Spitze des Eisbergs. Verschiedentlich mußten solch geheimdienstliche Bestrebungen aber auch Rückschläge hinnehmen, weil sie zu offensichtlich die eigenen Gesetze übertraten. Dem will nun die CDU/FDP-Koalition, allen voran Zimmermann, ein Ende bereiten.

Der Mann, der von sich selbst großspurig behauptet „Ich mache die Wende" hat von seinen Experten aus dem Innenministerium Lösungsvorschläge erarbeiten lassen. Und wie das bei Zimmermann und Co. eben so ist: Wenn etwas dem Gesetz widerspricht, dann ändert „man" es eben — das Gesetz, versteht sich.

Eine ganze Serie von mindestens drei neuen Geheimdienstgesetzen ist gegenwärtig in Arbeit, die allesamt noch vor der nächsten Bundestagswahl verabschiedet werden sollen. In diesem Zusammenhang müssen wohl auch die kürzlich stattgefundenen Auseinandersetzungen um die personellen Umbesetzungen an der Spitze der verschiedenen westdeutschen Geheimdienste gesehen werden.

Kernstück der ganzen Angelegenheit, die unter solch anrüchigen Schlagworten wie „wehrhafte Demokratie" und ähnlichen Phrasen der Rechtsaußen stattfinden soll, ist der Datenfluß. Im Entwurf aus dem Innenministerium ist sogar vorgesehen, daß die Polizei nach einer Ermittlung die Akten nicht nur an die Staatsanwaltschaft weiterschickt, sondern auch, an dieser vorbei, an die Geheimdienste, an den Zentralcomputer. Eben dies würde eine gewaltige Änderung der Rechtsstellung der Polizei im Gefüge der BRD bedeuten, könnte ab da sie selbst entscheiden, welche Verfahren weiterverfolgt werden — das aber eben ist ein charakteristischer Zug einer Staatspolizei.

Daß bereits bisher schlichtweg alles in die Computer der Geheimdienste eingespeist wurde, was nicht niet- und nagelfest ist, ist eine Tatsache, die auch jedem Datenschutzbericht hervorgeht — erst jüngst veröffentlichte der „Spiegel" einige wenige Auszüge (Nr. 30/85). Von der Jusoveranstaltung bis zum Parkplatz, an dem eine Demonstration startet, reicht die Bandbreite der Computerspeicherungen.

Anstatt dies zu ändern, soll nun also die gesetzliche Grundlage dafür geändert werden. Wobei nicht vergessen werden sollte, daß all die NADIS und wie sonst die Geräte des Schlags „1984" noch heißen, in der Zeit der SPD/FDP-Koalition beschafft wurden, als der damalige BKA-Chef Herold an der Spitze derer stand, die einen Computerstaat schaffen wollten — und dabei ganz schön weit gekommen ist.

Verräterisch sind die Phrasen, unter denen diese Projekte laufen. Neben den vorne genannten werden da so herrliche Sätze gebracht wie der berüchtigte „Datenschutz ist Tatenschutz" — ausgesprochen in aller Unverschämtheit von denselben Leuten, die sich sogar weigern, öffentlich einzugestehen, von welchem Konzern sie ausgehalten werden. Das wesentliche Neue daran ist, wie betont, eben nicht weitere Datensammelei — die wird bereits seit langem betrieben. Das Wesentliche ist eine Veränderung, die gerade in Richtung auf Einführung einer Staatspolizei und faktisch auf einen riesigen Geheimdienst, der allmächtig im Hintergrund waltet, abzielen. Dem sollte Widerstand entgegengesetzt werden.

Als Test für die Volkszählung:

Der Mikrozensus läuft!

Seit Juni wird in den einzelnen Bundesländern der Mikrozensus, die sogenannte kleine Volkszählung durchgeführt. Allein in Nordrhein-Westfalen sollen 68000 Haushalte befragt werden. Zu diesem Zeitpunkt kann ein solcher Zensus nur den Sinn haben, als Test für die im nächsten Jahr geplante Volkszählung, bzw. der Bereitschaft in der Bevölkerung dabei mitzumachen zu dienen.

Denn die Erhebungen, die da gemacht werden, dienen normalerweise nur der Fortschreibung der Ergebnisse großer Volkszählungen. Da in der BRD die letzte im Jahr 1970 stattfand, gibt es diese Bezugsgröße aber gar nicht wirklich. Also kann das Ganze nur den Sinn haben, einen Testablauf für das kommende Jahr zu machen.

Wenig Aufhebens wird bisher darum gemacht und das ist ganz im Sinne der Betreiber. Nur ja nicht wieder die Ablehnungswelle vom freiheitlichen Jahr beleben, heißt ihre Devise. Nur einzelne Initiativen gegen die Volkszählung, die weiter gearbeitet haben, haben bisher ernsthaft versucht, die Öffentlichkeit zu informieren und erneut zum Boykott zu mobilisieren. Ein Boykott, der vor dem Hintergrund der neuen Computerpläne der Bundesregierung (siehe diese Ausgabe) nur um so notwendiger wird.

Die Datensammelei der Geheimdienste ist ebenso ein Argument gegen diese Stichprobenzählung wie die zahlreichen Pläne zur weiteren Demontage im Bereich der BRD. Die Teilnahme ist eigentlich Pflicht — eine Weigerung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar (die mit bis zu 10000 DM Buße bestraft werden kann, bisherige Erfahrungen aber zeigen im Durchschnitt ca. 50 DM): Da die Stichprobe aber nur ausgesprochen schwerpunktmäßig (also: ein ganzer Wohnblock zum Beispiel) durchgeführt wird, kann nachbarschaftliche Gemeinsamkeit hier viel dazu beitragen, sowohl den Zensus bereits bei relativ wenigen Boykotteuren nutzlos zu machen, als auch eine kollektive Aktion daraus zu machen. Lassen wir uns nicht mikrozensieren!

Am 19. Juli in Managua



Nicaragua victoriosa ni se vende, ni se rinde — jamas!

Das siegreiche Nicaragua wird sich weder verkaufen noch unterwerfen — niemals!



In schwarz und rot gedruckt und überall zu sehen: ein Plakat mit dem Aufruf zur Revolutionsfeier zu kommen.

„Am 19. auf den Platz" — überall konnte man in den Tagen vor dem 6. Jahrestag dies kleine Plakat sehen. Zusätzlich gab es Parolen, Zeitungsanzeigen, Aufrufe. Am Vorabend des 19. fuhren Lautsprecherwagen durch Managua: „Todos a la Plaza" — „Alle zum Platz", und jeder wußte, was gemeint war: der Platz am Managuasee, der nach dem Gründer der Frente Sandinista, Commandante Carlos Fonseca benannt ist.

In den frühen Morgenstunden des 19. Juli schallten Böllerschüsse über die Stadt und in den Stadtvierteln formierten sich starke Züge, die mit Transparenten und den schwarz-roten Fahnen der Frente zur Kundgebung zogen.

400000 sollten es werden, weit über eine halbe Million Menschen kamen schließlich. Auf einem Hügel vor dem Platz eine große Tribünenanlage mit den ausländischen Gästen, der in- und ausländischen Journalisten (der RM war diesmal auch vertreten) und natürlich der *„Dirección National del FSLN"* der nationalen Leitung der Frente Sandinista, den neun Commandantes der Revolution.

Zunächst wurden die Gäste begrüßt, an erster Stelle die ausländischen Brigaden und die vielen Gäste aus den USA, die demonstrierten, daß die offizielle US-Politik gerade in den Vereinigten Staaten viele Gegner hat.

Nach der Begrüßung auch der „offiziellen Gäste" — viele Länder hatten Delegationen gesandt — und dem vielbejubelten Überflug einer Hubschrauberformation als Gruß der Armee an die Versammlung wurden Orden an mutige Kämpfer verliehen. Auch Kinder waren unter denen, die sich im Kampf gegen die Contra verdient gemacht hatten.

Staatspräsident Daniel Ortega hielt dann eine Rede, in der er vor allem auf die Politik der USA gegen Nicaragua einging. Zwei Tage vor dem Jahrestag hatte der US-Botschafter in Managua eine provozierende Protestnote der USA übergeben. Darin wird Nicaragua beschuldigt, Terrorangriffe auf US-Bürger in Honduras und anderen mittelamerikanischen Ländern zu planen. In der Note stellten die USA auch eine direkte Verbindung zwischen Nicaragua und dem Anschlag auf ein Cafe in San Salvador her, bei dem unter anderem sechs US-Bürger getötet wurden. Die Note der USA droht auf Grund dieser Verleumdungen mit „Reaktionen" der USA. Wie diese „Reaktionen" aussehen sollten,

Manifiesto
MAP-ML

In hoher Auflage verteilte die marxistisch-leninistische Bewegung der Volksaktion, MAP-ML ein Flugblatt zum 6. Jahrestag des Sturzes der Somoza-Diktatur. Ein Verteiler wurde kurzfristig festgenommen, ein Angehöriger der Policia Sandinista ist da aber eindeutig zu weit gegangen —, kurz danach war der Genosse wieder frei. Über die Politik der MAP-ML, ihre konkrete Arbeit und ihre Ansichten über den Verlauf der revolutionären Prozesse in Nicaragua werden wir in den nächsten Ausgaben des RM ausführlich berichten.

enthüllte mittlerweile die „New York Times". Von Washington unwidersprochen meldete sie, die US-Regierung hätte auf „hoher Ebene im Weißen Haus" einen militärischen Angriff auf Ziele in Nicaragua ins Auge gefaßt. Nach dem Bericht sei die Durchführung eines sogenannten „chirurgischen Luftangriffs" gegen ein oder mehrere Ziele nach der Hauptstadt Managua beraten worden.

Daniel Ortega drehte den Spieß um. Er nannte die Note der USA einen „Akt des Terrorismus" und bewies mit vielen Details in seiner Rede den Terrorismus, den die US-Regierung gegen Nicaragua ausübt. Nach Angaben Ortegas sind in den vergangenen vier Jahren bei den Kämpfen mit den von den USA geförderten, ausgebildeten und finanzierten Contras rund 12000 Menschen getötet worden, darunter Hunderte Kinder. Die wirtschaftlichen Schäden beliefen sich auf 1,3 Milliarden Dollar (etwa 3,75 Milliarden Mark). Eine ungeheure Last für das kleine Land, das jahrzehntelang von einer US-hörigen Diktatur ausgepreßt wurde, das heute große Mittel zur



In den Tagen vor dem 19. waren ganzseitige Aufrufe in der FSLN-Zeitung „Barricada" und der unabhängigen aber regierungsfreundlichen Zeitung „El nuevo Diario".

Verteidigung aufbringen muß und aufgrund seiner überlieferten Wirtschaftsstruktur sehr stark vom Außenhandel abhängig ist, und zusätzlich noch mit dem US-Handelsboykott fertigwerden muß.

Bei der großen Versammlung in Managua am 19. aber war deutlich zu spüren, daß die Parole „Nicaragua victoriosa ni se vende, ni se rinde" — Das siegreiche Nicaragua wird sich nicht verkaufen noch unterwerfen" die Massenstimmung exakt trifft. Die Arbeiter und Bauern, die Frauen und Jugendlichen, die Milizionäre und Soldaten auf dem Platz demonstrierten das eindringlich. Die Zustimmung zur Rede Ortegas äußerte sich in frenetischem Beifall, massiven Sprechchören, der Platz schien nur noch schwarz-rot zu sein, wenn die Hunderttausende ihre Fahnen schwenkten.

Der große „Acto" auf dem Platz war nicht nur für die vielen Freunde Nicaraguas beeindrukkend. Den Feinden des Landes und der nicaraguanischen Revolution wurde die Entschlossenheit des Volkes demonstriert — eben ihr Land weder zu verkaufen noch sich irgendwem zu unterwerfen. „Jamas" — Niemals, wie die Massen immer wieder hinzufügten.

1985: Für den Frieden. Alle gegen die Aggression

Kommuniqué der Koordination der europäischen Brigaden in Nicaragua

Die europäischen Brigadisten, die in verschiedenen Teilen des Landes an Projekten zum Aufbau des neuen Nicaragua mitarbeiten, haben am 19. in Managua ein Flugblatt verteilt, dessen Text wir hier in eigener Übersetzung wiedergeben.

Während sich die internationale Solidarität mit Nicaragua in der aktiven Anwesenheit von Tausenden von Brigastisten aller europäischen Länder und der ganzen Welt ausdrückt, versucht Ronald Reagan diese Bewegung auf internationaler Ebene zu diskreditieren, indem er die Brigadisten aus Frankreich, Spanien, Italien und der BRD anklagt, sie kämen nach Nicaragua, um militärisches Training auszuüben und gehörten angeblichen terroristischen Organisationen an. Wir sind hierhergekommen, um zu helfen, wenn Schulen, Häuser und Gesundheitszentren, Kooperativen und Fabriken gebaut werden. Wir sind gekommen, weil — seit dem Sieg der sandinistischen Volksrevolution — die Konterrevolution die Bauern überfällt und eben solche Einrichtungen zerstört, Tausende von Menschen ermordet und versucht, den Fortschritt zu bremsen. Die Kontra weiß das und versucht, Nicaragua die internationale Unterstützung zu nehmen — aber sie versuchten und versucht vergeblich uns einzuschüchtern. Aber trotzdem sind wir jedes Jahr mehr, wir Brigadisten aus Europa: Das ist die Antwort der internationalen Solidarität.

Aber man muß wissen, wer die Konterrevolution bewaffnet, bezahlt und ausbildet.
Wer vermint Nicaraguas Häfen?
Wer verkündet das Embargo gegen Nicaragua?
Wer verletzt das internationale Recht?
Wer weigert sich, eine demokratisch gewählte Regierung anzuerkennen? Und versucht sie zu stürzen?
Wer verweigert dem Volk von Nicaragua das Recht auf nationale Selbstbestimmung?

Die wahren Verantwortlichen dieses stummen Krieges sind die USA, die den Staatsterrorismus praktizieren, die die wahren Terroristen sind! Wir kamen und werden wieder kommen, um den Wiederaufbau Nicaraguas zu unterstützen. Wir werden uns in unserer Heimat hinarbeiten dafür einsetzen, daß Nicaragua weder politisch noch militärisch isoliert werden kann.

Solidaritätsbrigaden aus:
Österreich, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Spanien, Groß-Britannien, Holland, Italien, Irland, Schweiz, Schweden

Fastenaktion

Der nicaraguanische Außenminister Miguel D'Escoto hat sich vor rund drei Wochen von Staatspräsident Ortega vorläufig vom Dienst entbinden lassen und führt seitdem eine Fastenaktion durch. Er sitzt in einer Kirche in Managua und nimmt nur noch Wasser zu sich. Diese Aktion, die der katholische Pater nicht als Hungerstreik gewertet haben will, soll dazu dienen, die Interventionsgefahr auf friedliche und gewaltfreie Art zu bannen.

Miguel D'Escotos Aktion hat bei den Christen in Nicaragua und in aller Welt ein vielfältiges Echo ausgelöst. Solidaritätsadressen erreichen ihn täglich. In den USA in vielen Ländern Europas und auch auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi/Kenia gab und gibt es Solidaritätsaktionen. Für den 26. Juli hat *„Padre Miguel"*, wie er in Nicaragua genannt wird, zu einem Nationalen Fastentag aufgerufen. Er soll Höhepunkt aber noch nicht das Ende seiner Aktion sein.

Die offizielle, die „Amtskirche", ist gegen diese Aktion. Padre Miguel, der schon früh in der „Gruppe der Zwölf" den Kampf der Frente Sandinista unterstützte, ist


Miguel D'Escoto

vom Vatikan das Priesteramt entzogen worden. Jetzt meldeten sich die reaktionären Bischöfe zu Wort. Am vergangenen Mittwoch hat die nicaraguanische Bischofskonferenz allen Katholiken des Landes verboten, sich an dem Fasten zu beteiligen. *„Die Bischofskonferenz verbietet der sogenannten Volkskirche mit Nachdruck, die Menschen von Nicaragua dazu zu verleiten, sich dem Hungerstreik anzuschließen"*, heißt es in einer Erklärung mit der neun Bischöfe und der Contra-Sympathisant Kardinal Obando y Bravo von Managua die breite Solidarität mit Miguel D'Escoto stoppen wollen. Die holländische Sektion der katholischen Organisation Pax Christi spricht von weltweit 30 Millionen Christen, die sich der Aktion D'Escotos angeschlossen hätten.

ENTEIGNUNG



Mitte Juni: In der Region Masaya demonstrierten tausende Campesinos für ihre Forderung, daß das Land den Produzenten gehören müsse.


Sie richteten sich gegen den Großgrundbesitzer Enrique Bolanos, der auch Präsident des Unternehmerverbandes COSEP ist. Er ließ Teile seines Besitzes brach liegen.


Bolanos wurde enteignet. (Als Entschädigung soll er Land in einer anderen Region erhalten.) Unser Bild zeigt einen Bauern mit der Urkunde über sein neues Land aus dem ehemaligen Besitz des Unternehmerverbandspräsidenten. Hinter ihm Commandante Jaime Wheelock, der Minister für die Agrarreform.

Überfall am Rio Escondido



Das Schiff „Enrique Campell" vor und nach dem Contra-Überfall

Die Stadt Bluefields an der Atlantikküste Nicaraguas — die größte Stadt dort — ist von Managua aus nicht auf der Straße zu erreichen. Nach knapp 300 km endet die Straße in der kleinen Stadt Rama und der weitere Weg führt ausschließlich über einen Fluß, den Rio Escondido. Zwei Schiffe verkehren zwischen Rama und Bluefields, transportieren Menschen und wichtige Versorgungsgüter. Am 5. Juli, übrigens nur vier Tage nachdem die RM-Reporter die Strecke befuhren, wurde das Schiff von Konterrevolutionären überfallen.

Zwei Stunden hinter Rama legten die Contras ein Sperrfeuer über den Fluß und zwangen das Schiff ans Ufer. Die Passagiere konnten nicht alle unter Deck, da das Schiff wie üblich übervoll war. Sie baten die acht mitfahrenden Soldaten unter Deck zu gehen, um ein Massaker zu verhindern. Die Contras holten alle Passagiere von Bord, trennten Männer und Frauen und raubten sie alle aus. Ihre Begründung war, das wäre die Quittung für Leute, die mit sandinistischen Soldaten unterwegs seien.

Die Soldaten wurden aufgefordert, sich zu ergeben. Das Schiff war schon mit Benzin übergossen. Eine Granate zerstörte den Maschinenraum und das Schiff brannte vollständig aus. Vier Soldaten starben dabei. Der Kapitän des Schiffes, ein Mannschaftsmitglied und die vier überlebenden Soldaten wurden entführt, die Passagiere ihrem Schicksal überlassen.

Diese Attacke zeigt exemplarisch, wie die Contra vorgeht. Sie tötet, raubt die Menschen aus, und mit der Zerstörung des Schiffes, das eine halbe Million Dollar gekostet hat, erschwert sie den Transport und die Versorgung für eine ganze Region.

Einer der Passagiere, Reverend Ray Hodgeson, sagte der Presse: *„Es war ein feiger Überfall. Die Contra sagt uns, daß sie für die Freiheit kämpfe, aber sie bekämpfen die Freiheit und berauben das Volk."*

„Julio Buitrago — presente"

Managua, 15. Juli 1985. Vor 16 Jahren fiel in einem *Barrio*, einem Stadtviertel, das heute nach ihm benannt ist, Commandante Julio Buitrago. Seine Geschichte hat der heutige Kultusminister Ernesto Cardenal schon 1972 in seinem berühmten (und sehr lesenswerten) Gedicht *„Orakel über Managua"* beschrieben. In diesem Gedicht erinnert sich ein junger Schriftsteller an diesen Fall:


Vor dem Haus, in dem Julio Buitrago starb: Mit einer Fackel Commandante Thomas Borge, Innenminister, in der Mitte Doris Tijerino, Chefin der Policia Sandinista und Lenin Cerna, der Geheimdienstchef des Landes.

„Julio war der Chef der Untergrundbewegung. (...) Dieser Abschied ist für immer, hatte Julio gesagt. Hurenböcke. Später sahst du voll Rauch das Haus im Frixione-Viertel, die Wände zerstört von Sherman-Tanks (du notiertest: „Sherman", „Browning", „M3", um diese Worte im Gedicht zu verwenden) wo er allein auf Hunderte von Polizisten schoß. Tanks Flugzeuge Sicherheitsagenten angeworbene Lastwagen zur Verstärkung — er schoß allein vom Balkon. Er schoß den ganzen Nachmittag. Schüsse von beiden Seiten. Und der Tank mit seinem Kanonenrohr. Die Sportflugzeuge. Hubschrauber. Und sie dachten, es wären viele, und es war nur einer, es war nur er. (...)

Julio sagte auch: Meint ihr, ich lasse mich lebend von diesen Hurenböcken erwischen?"

Das Haus, in dem Julio Buitrago in Managua kämpfte und starb, steht noch. Es ist zu einem Museum geworden, man sieht noch die Einschußlöcher, die Verwüstungen der Schlacht der Nationalgarde Somozas gegen einen Mann. Vor diesem Haus auf einem kleinen Platz fand am 15. Juli eine Gedenkveranstaltung statt. Der Platz war voll von Menschen, ein Panzer aufgefahren, der vielen Menschen als Sitzplatz diente. *„Julio Buitrago — presente"* wurde immer wieder gerufen, *er ist unter uns, er lebt.* Die Mutter Julios, Angehörige und Mitkämpfer aus der frühen Zeit des Kampfes gegen Somoza waren erschienen und der Innenminister Nicaraguas gekommen. Thomas Borge, der letzte lebende Gründer der Frente Sandinista de Liberacion Nacional wurde mit viel Beifall empfangen, ebenso seine Begleiter, die junge Chefin der sandinistischen Polizei Doris Tijerino und der Chef des Geheimdienstes Commandante Lenin Cerna.

Vor dem Haus des Helden und Märtyrers der Revolution, Julio Buitrago, wurde diese Gedenkveranstaltung zu einer guten Mobilisierung für den Nationalfeiertag, den 19. Juli.

70 000 bei „El Repliegue"

„El Repliegue" heißt eigentlich nur „Der Rückzug", aber jedes Jahr Ende Juni weiß jeder in Managua, worum es geht. Kurz vor dem Sieg der Revolution, am 27. und 28. Juni 1979 führte die Frente Sandinista in einer spektakulären Aktion die Einwohner der östlichen Viertel Managuas, die von der „Guardia" Somozas bedroht waren, aus der Stadt hinaus ins über 30 km entfernte Masaya. Diese Aktion, die vielen Menschen das Leben rettete, wird seit der Befreiung jedes Jahr „wiederholt". In diesem Jahr mit Rekordbeteiligung — 70000 kamen auf einen Platz in der Nähe eines neuen Marktes im Osten der Stadt, wo eine Auftaktkundgebung mit Daniel Ortega stattfand.

„Aqui, alla, el yanqui morira" — *„Ob hier, ob da, der Yankee wird sterben"*, rufen die Leute bei der abendlichen Kundgebung. Daniel Ortega spricht zu den Leuten von der Gefahr, die für Nicaragua von den USA ausgeht, unterscheidet dabei aber sehr genau zwischen dem Volk der Vereinigten Staaten


Unter den Marschierern: Staatspräsident Ortega (mitte), Vizepräsident Ramirez (rechts) und Commandante Carlos Nunez (links), der auch Parlamentspräsident ist.

und der Regierung. Er fragt, ob Bürger der USA anwesend sind, und die vielen, meist jungen Leute, die sich melden, werden mit viel Beifall begrüßt.

Staatspräsident Ortega marschiert dann mit, ebenso Sergio Ramirez, der Vizepräsident und viele andere sandinistische Führer. Auf dem langen Marsch durch die Nacht werden sie überall freudig begrüßt, man hat Erfrischungen und Rastplätze für die Marschierer vorbereitet.

In Masaya, dem Zielort des Marsches gibt es noch eine traurige Pflicht für die Teilnehmer von *„El Repliegue"*. Mario Aleman Escobar, ein Sub-Commandante aus Masaya, ist vier Tage vorher bei Kämpfen an der honduranischen Grenze gefallen. Viele Teilnehmer des Marsches nehmen an der Beerdigung am Morgen in Masaya teil.

Guadeloupe

Für Unabhängigkeit

Guadeloupe, eine Antilleninsel, ist seit 1635 französisches „Departement". Der Präfekt der Insel wird in und von Paris eingesetzt. Unter den 320000 Einwohnern hat sich aber eine starke Unabhängigkeitsbewegung gebildet. Es gibt die militante „*Bewegung für ein unabhängiges Guadeloupe*" (MPGI), sowie die „*Volksunion für die Befreiung Guadeloupes*" (UPLG), die „*Christen für die Befreiung Guadeloupes*" (KPLG), und die „*Bewegung für gewerkschaftliche Aktionseinheit*" (MASU), die ebenfalls die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt.

Alle Organisationen hatten in der vergangenen Woche zu Protestaktionen aufgerufen, nach dem ein Führer der MPGI in Paris im Gefängnis in den Hungerstreik getreten war. Es handelte sich um Georges Faisans, der zu drei Jahren Haft verurteilt worden war, weil er einen weißen Volksschullehrer mit einer Machete verletzt hatte, nachdem dieser ein farbiges Kind getreten hatte.

Die Protestaktionen eskalierten schnell zu massiven Kämpfen gegen die Kolonialmacht Frankreich. Am Donnerstag wurde die Frau des Gendarmeriechefs tot aufgefunden, der Hubschrauber mit dem Gendarmeriechef wurde beschossen, Demonstrationen fanden



statt, Straßensperren und Barrikaden wurden errichtet.

Die französischen Imperialisten — im UN-Sicherheitsrat gerade die wortradikalen Ankläger Südafrikas — reagierten, wie im Falle der Unabhängigkeitsbewegung in der Kanakay, auf Neukaledonien. Die Polizeieinheiten auf Guadeloupe wurden mit Bereitschaftspolizeieinheiten der berüchtigten CRS aus dem „Mutterland" verstärkt. Die paramilitärischen Einheiten griffen sehr brutal an, beendeten unter anderem eine Meuterei in einem Gefängnis durch Abwurf von Tränengasbomben. Bei Redaktionsschluß hat die französische Regierung einen Haftprüfungstermin für Georges Faisans zugesagt. Sollte er nicht freigelassen werden, wollen die vereinigte Unabhängigkeitsbewegung und 17 Gewerkschaften weiterkämpfen.

Ausnahmezustand in Südafrika

Stoppt die Unterstützung für das Rassistenregime

Fortsetzung von Seite 1

Die neuen Kämpfe in Südafrika kamen nicht über Nacht. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres lodern immer wieder Aufstände auf, kommt es vor allen in den schwarzen Vorstädten der Kapprovinz immer wieder zu großen Demonstrationen gegen die Rassistenherrschaft. Seitdem ist praktisch Krieg. Ein Krieg der Regierung der gut 4 Millionen Weißen gegen die 22 Millionen schwarzen Afrikaner. Über 500 Tote hat es in dieser Zeit gegeben. Die meisten dieser Menschen starben bei den brutalen, mörderischen Polizeieinsätzen in den Wohngebieten der Schwarzen.

Die Ausrufung des Ausnahmezustands in 36 Provinzen betrifft fast ein Viertel der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung. Vor allem im Industriegebiet um Johannesburg und in der Hafenstadt Port Elizabeth. In diesen Regionen ist die Polizei berechtigt, Ausgangssperren zu verhängen, sie kann die schwarzen Wohnviertel abriegeln, Personen und Fahrzeuge kontrollieren, Häuser und Grundstücke jederzeit durchsuchen, Schriftstücke beschlagnahmen. Verhaftungen bedürfen keines Haftbefehls mehr und ohne ausdrückliche Genehmigung des Justizministeriums dürfen die Festgenommenen weder einen Anwalt noch Verwandte sehen.

Diese Bestimmungen und die unerhört brutale Art des Vorgehens der Polizei hat eine internationale Protestwelle hervorgerufen. In vielen Ländern und Städten fanden Protestaktionen gegen südafrikanische Einrichtungen statt. Auf Antrag vieler Staaten wurde auch der UN-Sicherheitsrat aktiv.

Am vergangenen Freitag wurde nach zweitägiger Debatte eine Aufforderung an die Staaten verabschiedet, die selbst die USA nicht per Veto unterbinden wollten. Vertreter verschiedener Staaten Schwarzafrikas hatten zwar weitergehende Forderungen gestellt, der UN-Beschluß ist auch nur ein Appell — kein für die Staaten bindender Beschluß — er ist aber weitgehender als alle bisherigen Appelle, die lediglich die Rassentrennung in Südafrika verurteilten.

Im einzelnen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Beendigung aller Neuinvestitionen in Südafrika;
- Verbot des Verkaufs von Krügerrands (südafrikanische Münze mit hohem Goldanteil, RM) und aller anderen in Südafrika geprägten Münzen;
- Beschränkungen auf dem Gebiet des Sports und der kulturellen Beziehungen;
- Beendigung der Gewährung von Exportkrediten;
- Verbot aller Verträge im nuklearen Bereich;
- Verbot aller Verkäufe von Computerausrüstung, die vom südafrikanischen Militär oder von der Polizei genutzt werden könnte.

Die südafrikanische Regierung wird außerdem aufgefordert, unverzüglich und bedingungslos alle politischen Gefangenen und Internierten freizulassen, an ihrer Spitze den Führer der Widerstandsbewegung African National Congress (ANC), Nelson Mandela.

Dieser Aufforderung wird Bonn nicht freiwillig nachkommen. Das ist allen Stellungnahmen der Bonner Wende-Politiker zu entnehmen. Eine Haltung, die der der Vereinigten Staaten und Großbritanniens entspricht. Eine Haltung, die auch in Südafrika bekannt ist. Denn der Außenminister des Rassistenregimes, der den Beschluß der UN „*ungültig und im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen*" nannte, hat die Ansicht vertreten, daß er nicht davon ausgehe, daß alle Staaten der Aufforderung des UN-Sicherheitsrates anschließen werden.

Redet Kohl in diesen Tagen Geschwollenes wie immer („*Unser Interesse muß sein, angesichts der sehr kritischen und ungewöhnlich bedrückenden Lage in Südafrika jeden Einfluß wahrzunehmen, um eine Politik der Mäßigung und des Ausgleichs im Land zu erreichen*") so spricht Franz-Josef Straß offenere Worte für die Union.

Franz Josef Strauß, von dem der Spruch zu Südafrika stammt: „*Die weiße Kultur muß erhalten bleiben*", hielt sich in der vergangenen Woche in Washington bei einem Treffen rechtskonservativer Parteien, der IDU (Internationale Demokratische Union) auf. Strauß redete beim Zentrum für strategische und internationale Studien der Georgetown-Universität und klärte die Welt erst mal auf, wer hinter all den Unruhen in Südafrika steht. Originalton Strauß: „*Ich möchte warnen, die deutlichen Zeichen kommunistischer Konfliktstrategie und die Methoden einer totalen Machübernahme während der Unruhen der letzten Wochen als zu niedrig einzuschätzen*". Strauß, der sich auch als einziger Vertreter der versammelten rechten Parteien gegen eine halbherzige Resolution gegen die südafrikanische Regierung stellte, verurteilte scharf alle Maßnahmen gegen das Rassistenregime, weil so Strauß, der Westen nicht die „*mutige Politik des Premierministers* Botha gefährden dürfe. Nicht zuletzt sprach sich Strauß auch noch gegen die weit verbreitete Forderung nach gleichem Wahlrecht in Südafrika aus. Die sofortige Einführung der Politik „*Ein Mann — eine Stimme*" würde dazu führen, daß das Land bald politisch und wirtschaftlich daniederliegen würde.

Der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu, der mit dem südafrikanischen Präsidenten Pieter Botha reden wollte, hat eine Abfuhr bekommen. Für den Kirchenführer, der vermitteln wollte, hat Botha keine Zeit. Erst in einigen Wochen sei ein Gespräch möglich. Bis dahin will Botha mit seiner Polizei und den Ausnahmegesetzen wohl „Ruhe" geschaffen haben. Wie das aussieht, konnte man in den letzten Tagen in der Presse und im Fernsehen verfolgen. Diesen Terror kann das Rassistenregime nur ausüben, weil es mächtige einflußreiche Freunde hat. Viele davon in der Bundesrepublik, in den Chefetagen der Multis, in Bonn auf den Regierungsbänken. Die beste Unterstützung für den Kampf der unterdrückten Schwarzen ist, die hiesige Regierung zu zwingen, ihre Unterstützung für das mörderische Rassistenregime in Südafrika aufzugeben.

Bei Redaktionsschluß erreichten uns noch Meldungen, wonach es sowohl in Bezirken, wo der Ausnahmezustand gilt, als auch in Bezirken, wo er nicht gilt, Unruhen gegeben hat. Die Agenturen melden, die Polizei habe in Siedlungen der westlichen Kapprovinz Tränengas und Gummigeschosse gegen „*Randalierer*" eingesetzt.

Die schwarze Bevölkerung kämpft gegen die Rassistenregierung

England: Gewerkschaftsspaltung?

Thatcher hofft auf Nottingham

Fast den ganzen Juli über gab es — neben Wimbledon — in britischen Zeitungen ein weiteres Hauptthema: Der Versuch des Bezirks Nottingham der Bergarbeitergewerkschaft NUM eine eigene Gewerkschaft aufzumachen, die NUM-Spaltung zu vollziehen.

Bereits während des einjährigen Streiks der britischen Bergarbeiter hatte dieser Bezirk, unmittelbar südlich des Streikzentrums Yorkshire gelegen, mehrheitlich Streikbrecherarbeiten geleistet. Bis zu einer halben Million Tonnen Kohle hatten sie im Monat gefördert — auf den modernsten Zechen, mit höheren Löhnen als anderswo.



Beim großen Bergarbeiterstreik führte die Gewerkschaft NUM. Sie soll jetzt gespalten werden.

Jetzt soll die Sache perfekt werden — und dazu ist den Führern der Nottinghamshire-Area, nach ihrer Entlassung durch den NUM-Vorstand (wobei sie aber als Angestellte des Bezirks weiterbeschäftigt werden) jedes Mittel recht: Auch Geld von der Unternehmensleitung des National Coal Board (NCB), auch die öffentliche Unterstützung durch die konservative Regierung und der laute Jubel in der ausgesprochen rechten englischen Massenpresse.

Der „Daily Telegraph" war es denn auch, der in einem Gespräch mit einem Regierungsvertreter folgende Rechnung aufstellte: Wenn es eine eigene Gewerkschaft in Nottingham gibt (der vielleicht bis zu 80 Prozent der 25000 Bergarbeiter des Bezirks angeschlossen wären) ließen sich auf der einen Seite sicher auch in anderen Bezirken zusammen noch einige Tausend Mitglieder finden, andererseits könne der NCB künftig gezielt NUM-Mitglieder entlassen. Dann, wenn alles gut gehe, würden es in ein paar Jahren vielleicht nur noch 80000 NUM-Mitglieder gegen 30000 Mitglieder der Spaltergewerkschaft sein, dann sei die NUM nicht mehr der allein entscheidende Faktor...

Die Führer der Spaltungsorganisatoren berufen sich dabei auf ihre Mitgliedschaft in der Labour-Partei und bezeichnen sich selbst als „überzeugte Sozialisten". Der Labour-Vorstand, der den Streik ohnehin niemals unterstützt hat, läßt diese Spaltungsabsichten gedeihen — zur Freude des Kapitals und der Konservativen.

Der letzte Kongreß der NUM jedenfalls zeigte deutlich, daß eine wesentliche Spaltung nicht gelingen wird — höchstens in dem Maße wie bereits nach dem Streik von 1926 eine zum Untergang verurteilte „Spencer-Gewerkschaft" gegründet wurde — im Juli wählte er einstimmig Scargill zum Vorsitzenden auf Lebenszeit (will heißen bis zum Rentenalter). Erhebt sich nur noch die Frage, wann die Spalter in England die Unterstützung von der Führung der IGBE erhalten, wie alle Freunde von Zechenschließungen sie bisher erhalten haben.

HÖRT RADIO TIRANA

Uhrzeit	Kurzwelle (kHz)
07.00 — 07.30	9376; 7310; 1395
14.00 — 14.30	9375; 7310
16.00 — 16.30	9375; 7310
18.00 — 18.30	9375; 7310
19.00 — 19.30	9375; 7310; 1395
21.30 — 22.00	6080; 7310; 1458
23.00 — 23.30	6080; 7310; 1458

Zur Programm- und Sozialismusdiskussion in unserer Partei (II)

Programmdiskussion oder „Definitionsdebatte"?

Der Programmentwurf des ZK ist ein ernsthaftes Angebot der KPD an die klassenbewußten Kräfte in der westdeutschen Arbeiterklasse, sich in einer kommunistischen Kampfpartei zusammenzuschließen. Die Sympathien für ihn innerhalb der Partei sind allerdings geteilt, auch werden grundlegende Fragen des Marxismus-Leninismus in der Programmdiskussion zusammenhangslos von der politischen Entwicklung und der der revolutionären Kräfte in der BRD für einen „Definitionskrieg" in die Debatte geworfen. Also: „führende Rolle der Partei", „was ist Titoismus" usw. usf. Diese Diskussion ist der Partei von den Fraktionsmachern aufgezwängt worden, und in der Tat haben sie sich mit ihren ganzen Papieren nur als Spalter diskreditiert. Bisher haben sie es noch nicht für nötig gehalten, zu sagen, wie sie mit ihrer „besseren Linie" den Einfluß der Partei auf die Arbeiterklasse verstärken wollen. Die Diskussion mit den Fraktionisten darüber, wo sie etwas bei Lenin oder Stalin nachgelesen haben, sie selbst aber in ihren Kritiken am ZK aber nicht mit auch nur dem kleinsten Vorschlag konkretisieren können, wie sich die Partei und ihre Programmatik zu entwickeln haben, damit die Arbeiterklasse ihrem Ziel, dem Sozialismus, näher kommt, kann nur der Befriedigung deren Schwatzbedürfnisses dienen.

Die Partei ist aber eine Organisation des Handelns, das muß sich auch in der theoretischen Diskussion widerspiegeln. Der Programmentwurf macht etwas Wesentliches deutlich: nämlich daß die Rechte, für die die Arbeiterklasse heute kämpft, im Sozialismus nicht beschnitten werden, sondern im Gegenteil in einem gesellschaftlicher Entwicklungsprozeß für „mehr" Rechte und Freiheiten eröffnet wird. In keiner Weise darf im Programm der Verdacht gegen uns Kommunisten aufkommen, wir wollten diese Rechte durch „Leninzitate" und „notwendige Umstände" oder „freiwilligen Verzicht der Arbeiterklasse" einschränken, wie es in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus üblich ist. Beispielsweise wenn man sagt, das Streikrecht ergäbe keinen Sinn im Sozialismus, denn die Arbeiter würden ja gegen sich selbst streiken. Mit solchen Pauschalisierungen zum „Prinzip" erhoben, kann man der Arbeiterklasse allerdings viele Rechte absprechen, z. B. Volksbewaffnung, Pressefreiheit usw. Es geht darum, daß Freiheiten und Rechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, im Sozialismus nicht zum Zwecke der unterschiedlichen Auslegung zur Disposition gestellt werden können.

Die „wahren" Marxisten-Leninisten des „Wegs der Partei" haben sich hierzu was ganz Feines ausgedacht. Gleich in ihrer Nr. 1 belehren sie uns, daß ja „Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit" ist. So richtig dieser Satz ist, wenn man unter „Notwendigkeit" die Aufgaben im Klassenkampf versteht, so falsch wird er aber, wenn die Fraktionsmacher ihr subjektives Verständnis des ML zur „Notwendigkeit" deklarieren und er dazu herhalten muß, dem ZK Spontaneismus vorzuwerfen. Wendet man diesen Satz so an, wie in diesem „Weg der Partei", dann muß man natürlich zu dem Schluß kommen, ein Programm hat die und die Aussagen zu enthalten, nur dann ist es „korrekt". Die Erfahrungen unserer Partei zeigen doch, wozu solch ein Vorgehen nutzt, die „Erfolge" kann man ja sehen, wenn man sich ein wenig mit der Parteigeschichte befaßt. Bringt man diese Denkweise auf den Punkt, dann müßte man doch sagen, seit es das imperialistische Stadium des Kapitalismus gibt, hat sich seit Marx' Zeiten nichts entwickelt, was von Kommunisten programmatisch berücksichtigt werden muß. Daß das dummes Zeug ist, kann wohl leicht nachvollzogen werden. Die Arbeiterbewegung hat eine Entwicklung erfahren, die Klassenzusammensetzung hat sich verändert und deren politischer Einfluß, das Bewußtsein der Arbeiterklase, die Vorstellung des Arbeiters von Freiheit und Demokratie oder Sozialismus erfahren Veränderungen. Die Friedensbewegung z.B. heute hat natürlich einen anderen Charakter als die Antikriegsbewegung der zwanziger Jahre, in der die Arbeiterjugend und die KPD deutlich vertreten waren. Das alles soll unser Programm unberücksichtigt lassen ...?

Auch die Methode, an das alte Programm heranzugehen, ein Zitat herauszunehmen und zu sagen: „Was hindert uns daran, diese Formulierung in unserem Programm zu belassen?" zeigt doch eine gewisse politische Naivität. Warum nehmen wir denn dann nicht gleich ein altes Kominternprogramm oder eins der KPD vor 33?

Das Programm ist doch gewissermaßen unsere Visitenkarte, selbstverständlich hat es dadurch auch eine gewisse agitatoriche und propagandistische Wirkung, so gesehen ist das Programm — natürlich im weitesten Sinn — eine Propagandaschrift. Wenn das Programm diese Funktionen nicht miterfüllt, warum schreiben wir dann ein Programm — um Regeln abhaken zu können, für den internen Gebrauch? Wenn „Freiheit Einsicht in die Notwendigkeit" ist, dann doch nur im demokratischen Entwicklungsprozeß der Massen, nicht nach dem subjektiven Empfinden einzelner Genossen, die ihre „Freiheit" in der „Notwendigkeit" einer Parteifraktion sehen und sich über alle geltenden Parteinormen hinweggesetzt haben. Immerhin sieht man daran deutlich, wie sich „linkes" Sektierertum und Führungsstil revisionistischer Parteibonzen die Hand reichen.

Tatsache ist doch auch, daß Entartungen von kommunistischen Parteien stattgefunden haben, trotz „lupenreiner" Programme, d. h. die Funktion des Programms als „Fixpunkt, an dem sich (die Partei) orientieren kann", wie es der „Weg de Partei" schreibt, ist äußerst zweifelhaft. Nicht nur das, dem Programm die Rolle des „Fixpunktes" zuzuschreiben, mag wohl dem eigenen politisch-ideologischen Sicherheitsbedürfnis einiger Genossen entgegenkommen, ist aber falsch. Das Programm einer kommunistischen Partei hat zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Klassenkampfsituationen unterschiedliche Funktionen. Das Programm der KPD von 1919 hatte wesentlich die Aufgabe, den klassenbewußten Arbeitern klarzumachen, welche politischen Forderungen durchzusetzen sind, um nach dem Verrat der sozialdemokratischen Führer die Errungenschaften der Novemerrevolution zu sichern. Natürlich hatte es dadurch eine erhebliche agitatorische und propagandistische Rolle. Unser heutiges Programm muß, da wir nicht in einer Situation heftiger Klassenkämpfe leben, da wir über wenig Masseneinfluß verfügen, der Überwindung der Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse dienen. Es muß von daher den Bewußtseinsstand der fortschrittlichen klassenkämpferischen Teile der Arbeiterklasse berücksichtigen und ihre politischen Bestrebungen ausdrücken, sonst wird man sich mit ihnen nicht im gemeinsamen Kampf für den Kommunismus vereinigen können. Das ist keine spezifisch westdeutsche Frage. Wenn man sich die Erfahrungen der Bruderparteien, vor allem der in Westeuropa, anschaut, so kann man leicht feststellen, daß diese vor ähnlichen Problemen stehen, nämlich wie sozialistische Ideen innerhalb der Arbeiterklasse mehr Gewicht bekommen können.

Das Programm, auch das „Maximalprogramm" muß etwas Konkretem dienen. Die „Programm-als-Fixpunkt-Theorie" würdigt das Programm zu Gebetsmühle herab und dient letztlich nur dazu, innerparteiliche Streitigkeiten zu schüren, der Spaltung. Dieser „Fixpunkt" ist eine sektiererische Zwangsvorstellung, das beweisen alle Programme der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, das beweisen die Erfolge der albanischen Kommunisten, die bis zu dem Zeitpunkt der Befreiung des Landes über gar kein Programm verfügt haben. Kommunistische Kämpfer verfügen über ganz andere „Fixpunkte", die sich durch ihren revolutionären Geist und Einsatz im Klassenkampf finden.

Was kann die Programm- und Sozialismusdiskussion nicht leisten?

Die Fraktionsmacher haben die Partei vor neue Probleme gestellt, die Partei hat aber noch mit älteren, zäh an ihr haftenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn ich eingangs geschrieben habe, daß die theoretische Diskussion widerspiegeln muß, daß die Partei eine Organisation des Handelns ist, dann meine ich damit, daß die Programmdiskussion verstärkt in Verbindung mit den politischen Aufgaben, in Verbindung mit unseren taktischen Fragen des Klassenkampfes geführt werden muß.

Der letzte Parteitag hat sich in taktischen, aber für die Parteiarbeit gegenwärtig äußerst wichtigen Fragen wie die der Arbeit in der Volksfront und RGO, auf Kompromißformeln geeinigt, die keine dauerhafte Antwort auf die Probleme der praktischen Massenarbeit unserer Partei sein konnten. Auf dem Parteitag kam die Auffassung zum Tragen: Die Partei hat sich theoretisch wesentlich mit taktischen Fragen beschäftigt, nun ist es an der Zeit, sich strategischen zuzuwenden ... Auf ZK-Ebene betrachtet, mag das wohl zutreffend gewesen sein, auf die Gesamtpartei traf und trifft es nicht zu. Hier liegt ein entscheidender Fehler in der ZK-Arbeit, denn die Schwierigkeiten der Partei, die Vorstellungen des ZKs, seine Beschlüsse umzusetzen, sind ja lange sichtbar. Diese vom Parteitag festgeschriebene Situation wurde durch die Unmittelbarkeit der Programm- und Sozialismusdiskussion noch erhärtet, denn das ZK hat auf dieser Kompromißformel gearbeitet, sozusagen alles auf sich beruhen lassen und keine sichtbar aktive Rolle für ein Weiterkommen in diesen Fragen gespielt. Andererseits haben sich unzufriedene Teile in der Partei (und wer war schon zufrieden?), die in den taktischen und praktischen Fragen weiterkommen wollten, keine Hoffnungen auf eine Lösung der Probleme durch eine Sozialismusdiskussion gehabt. Die Mobilisierungsprobleme innerhalb der Partei haben zugenommen. Diese inaktive Haltung des ZKs hat im Zusammentreffen mit der abwartenden Haltung einer nicht geringen Anzahl von Parteimitgliedern, es dürfte sogar eine Mehrheit gewesen sein, begünstigt, daß ein Teil der Partei nun im ZK oder in einzelnen Mitgliedern des ZKs die Verursacher aller Probleme sieht, daß es zu lähmender Spaltung oder Spaltungsversuchen und resignativen Austritten kommt. So ist es zu der äußerst widersinnigen Situation gekommen, daß zwischen dem ZK, das sich dafür einsetzt, das sich das Spektrum der klassenkämpferischen Arbeiter, die sich in der Partei organisieren, vergrößert wird, und vielen Parteigenossen, die im praktsichen Kampf keine organisierte Massenarbeit der Partei erkennen konnten, eine Kluft entstanden. Im Windschatten dieser Probleme segeln heute die Fraktionisten und Liquidatoren. Zweifellos erwarten alle Parteimitglieder vom Sonderparteitag auch in diesen Fragen eine befriedigende Antwort. Das hierzu. Weiter möchte ich noch einige Anmerkungen zu Fragen machen, die in der gegenwärtigen Parteidiskussion aufgeworfen werden.

Reinheit der Partei

In der Diskussion unserer Partei über die Verhinderung einer Entartung des Sozialismus wird vielfach die „Reinheit" der Partei als die einzige Garantie angesehen, um Revisionismus zu verhindern. Die „Reinheit" der Partei ist aber in Wirklichkeit eine Fiktion oder ein relativer Begriff. Die „Reinheit" der Partei war in unserer Partei — nicht nur in unserer — immer dann erreicht, wenn sich die vorherrschende politische Auffassung im ZK durchgesetzt hatte, auch wenn sie die Verfolgung einer falschen Linie zur Konsequenz hatte (z. B. Sektierertum)! Der Reinheitsbegriff ist also in der politischen Debatte der kommunistischen Partei ein gegenwartsbezogener Begriff, der, wenn man ihn verabsolutiert, nur dazu führt, daß man auf der Stelle tritt. In einer Programmdiskussion wird er dann zur moralischen Kategorie.

Absichernde Maßnahmen, eine Garantie gegen Entartung der Partei oder die Umkehr des sozialistischen Gesellschaftssystems auf den kapitalistischen Weg können sich nur aus der Einheit zwischen den Kommunisten (die mit ihrer Politik für den Fortschritt mobilisieren) und der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen (die dadurch ihre Interessen ausgedrückt sehen und sich mobilisieren lassen) ergeben.

Für Kommunisten heute bedeutet das, daß sie diese Einheit mit den werktätigen Massen immer auf neuen Grundlagen herstellen müssen, daß sie, wenn sie für bestimmte Ziele eintreten, immer auch vor der Aufgabe der Weiterführung des Kampfes, bis zur sozialistischen Revolution stehen. Die Aufgabe der Kommunisten ist es also, stets an dieser Einheit zu schmieden, wenn sie ihren für den Fortschritt, für den Sozialismus mobilisierenden Einfluß nicht verlieren wollen.

Für den Sozialismus bedeutet das, daß in allen staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen deren Negation enthalten ist, d. h. daß auf dem einen oder anderen gesellschaftlichen Gebiet immer auch ihr unzulänglicher Charakter zutage tritt, der deutlich macht, welcher historischen Beschränktheit diese Maßnahme unterworfen ist, wenn Fortschritte erzielt, wenn auf dem Weg des Kommunismus und der klassenlosen Gesellschaft gegangen werden soll.

Also ist es letzten Endes die Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigene Sache, die sowohl der Gradmesser der Einheit als auch Garantie ist, um eine Entartung zu verhindern. Eine Diskussion über konkrete programmatische Vorstellungen, was der Sozialismus in der BRD für die Arbeiterklasse und die anderen Klassen und Schichten bedeuten und verwirklichen müßte, kann sich nur an dieser Einsicht orientieren, wenn sie möglichst zweckmäßig geführt werden soll.

„Viel" oder „wenig" Staat

Staatliche Maßnahmen müssen sich in die Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts einfügen. Eine Debatte über „viel" oder „weniger" Staat läuft Gefahr, in Spekulation überzugehen. Die Frage des Umfangs und Wirkungsbereichs staatlicher Apparate wird sich aus den Notwendigkeiten der nachrevolutionären Zeit durch demokratische Massenentscheidungen ergeben. Allgemein kann man aber sagen: Der Staat wird sich auf die Bereiche beschränken können, die ausschließlich der Unterdrükkung bzw. der Verhinderung des Wiederemporkommens der alten bürgerlichen Klassen dient. Viele Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft können direkt oder mittels „Zweckorganismen" geleitet werden. Die Tendenz muß aber immer sein, möglichst „wenig" Staat zu haben. Dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Gefahr der Bürokratisierung, mit der die Gefahr des für die Massen undurchschaubaren Eigenlebens von Machtorganen entsteht, sondern auch vor allem unter dem Gesichtspunkt der Eigenbeteiligung der Massen, die eine weitere Mobilisierung von Arbeiterklasse und anderen gesellschaftlichen Schichten erleichtert und beschleunigt.

Staatliche notwendige Maßnahmen sind im Sozialismus „sachlich" aus der Entwicklung von Klassenkampf und Gesellschaft begründete Maßnahmen. Kommunistische Politik, soll sie auf Massenanklang stoßen, womit nicht nur eine

Bejahung von Massenaktivitäten, sondern die aktive Mobilisierung gemeint ist, muß zusehends der „Vermenschlichung“ dienen. Bildlich ausgedrückt kann man es vielleicht so beschreiben, daß Funktionen von „Apparathänden“ in „Arbeiterhände“ übergehen. Damit verlieren auch administrative Handlungen ihren administrativen Charakter und werden zu organisatorischen Regelungen gesellschaftlicher Erfordernisse.

So unterliegen gesellschaftliche Zustände sanktionierende Maßnahmen oder Regelungen wie z. B. Gesetze, vom Standpunkt der Kommunisten und vom Standpunkt des objektiven Interesses der Arbeiterklasse, die Rücksicht auf andere gesellschaftliche Schichten zu nehmen haben, immer auch der Gefahr des Anachronismus. Sie sichern erreichte Positionen ab, oder treffen Regelungen des „Konservierens“, durch das unvermeidbare Schaffen von Normen auf dem Weg zum Kommunismus. Dieser Gefahr des „Konservierens“, unterliegt auch die kommunistische Partei, Beispiele, Lehrsätze oder Erfahrungen zu dogmatisieren, sind ja hinreichend bekannt.

Führende Rolle der Partei

Die führende Rolle der Partei definiert sich allein durch ihre Aufgabe, „im Kampf an der Spitze“ zu stehen. Das muß sich aber allein aus der aktiven Handlung im Klassenkampf ergeben und kann nicht auf einer mit marxistisch-leninistischen „Prinzipien“ begründeten Führungsrolle beruhen. Heute hat man häufig den Eindruck, daß der Avantgardebegriff dazu genutzt wird, um sich seine eigene Zugehörigkeit zu dem fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse zu versichern. Die Führungsrolle kann sich aber nur aus dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß selbst, dem Klassenkampf, ergeben. Nur so kann die Partei diese Rolle auch im Sozialismus erhalten und ausbauen, im gesellschaftlichen Kräftespiel zwischen Fortschritt und Stillstand oder Rückschritt. Sie ergibt sich oder ist nicht vorhanden, sie kann nicht theoretisch herbeigeredet werden. D. h. kommt es zu einer sozialen Revolution unter maßgeblicher Führung der kommunistischen Partei, so muß das geschaffene Vertrauen für sozialistische Maßnahmen erhalten bleiben, was bedeutet, daß sie ihre Zukunftsziele nicht ungeachtet bestehender gesellschaftlicher Kräfte durchsetzen kann. Also auch nicht gegen andere an der Revolution aktiv beteiligte Parteien, auch wenn sie von den Auffassungen der kommunistischen Partei abweichende Vorstellungen vertreten. Noch vielmehr, und in gewissem Maße zwangsläufig, das Votum der Arbeiterklasse, gilt das, wenn sich die kommunistische Partei nach einer Revolution nicht als die Kraft mit dem größten Masseneinfluß erweist. Es kann der kommunistischen Partei nicht daran gelegen sein, Ziele um der Ziele Willen anzustreben. Die Einheit der Partei mit der Arbeiterklasse und den Interessen der anderen Werktätigen muß immer gewahrt bleiben, auch in einer Minderheitenposition. Und genau diese Einheit ist Ausdruck und Bestandteil des sozialistischen Humanismus, der „Sachzwänge“, um allgemeine, für die Massen abstrakte Ziele durchzusetzen, ablehnt, der sich nicht über die Köpfe der Werktätigen hinwegsetzt.

Die „albanische Erfahrung“

Verschiedentlich wurde kritisiert, daß in der Programm- und Sozialismusdiskussion die „albanische Erfahrung“ nicht genügend berücksichtigt würde.

In Albanien waren es die Kommunisten, die den Kampf für die Unabhängigkeit als einzige konsequente Kraft aufgenommen und organisiert haben. Der KPA ist das albanische Volk gefolgt, um jahrhundertealte Bestrebungen zu verwirklichen. Im Befreiungskampf haben die Kommunisten es verstanden, die Lösung der Nationalen Frage mit der Lösung der sozialen Fragen zu verbinden, und so die Nationale Befreiungsfront geschaffen, der das Volk begetreten ist, und es wurden Volksräte eingerichtet, die die befreiten Gebiete regierten. In diesem Kampf stellten sich alle anderen politischen Organisationen als Verräterorganisationen am Befreiungskampf heraus. Nach Erkämpfung der Unabhängigkeit war die KPA die anerkannte gesellschaftlich führende Kraft. In der Folge konnte sie sich nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen, sondern hat in der Auseinandersetzung mit gegenläufigen Bestrebungen (z. B. Jugoslawien, Sowjetunion) weiter für den Erhalt der Unabhängigkeit Albaniens gekämpft und gleichzeitig relevante Maßnahmen für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft getroffen. Natürlich kann man die Entwicklung nicht so sehen, daß die einen Maßnahmen der Unabhängigkeit und die anderen dem sozialen Fortschritt dienten, denn ihr dialektischer Zusammenhang bewirkte die Stärkung der einen Seite durch die Stärkung der anderen Seite. So stärkt die Industrialisierung die unabhängigen Positionen des Landes und vergrößert die Arbeiterklasse, die Kollektivierung der Landwirtschaft beseitigte halbfeudale, kapitalistische Strukturen auf dem Lande. Diese beiden Entwicklugsrichtungen, die „aufeinander zulaufen“ ermöglichten eine allmähliche Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land. Diese wirtschaftlichen Maßnahmen unmittelbar nach der Befreiung eingeleitet, haben große Bedeutung und sind nicht nur einfach als beliebige Wirtschaftsmaßnahmen zu betrachten, denn hier wurden sofort nach der Befreiung Entscheidungen getroffen, die die Entwicklung sozialistischen Aufbaus anstreben und sozialistische Produktionsverhältnisse schufen.

Dies hat die KPA anführen können, obwohl es nach der Befreiung nur ein paar hundert Arbeiter im Lande gab. Die KPA hat mit ihrer Politik dafür gesorgt, daß die Arbeiterklasse, die vor der Befreiung nur eine verschwindende Rolle gespielt hat, im Befreiungskampf zur führenden Klasse wurde. Dies nicht nur ideologisch-politisch, sondern ganz praktisch in den Partisanenverbänden. Also der nationale Befreiungskampf selbst schuf diese ausschlaggebende Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit der Bauernschaft und den anderen fortschrittlichen Kräften im Lande. In diesem Befreiungskampf war die Arbeiterklasse nicht „stellvertretend“ durch die kommunistische Partei führend, sondern ganz unmittelbar und praktisch. Die zielgerichtete Politik der PAA hatte dies Wirklichkeit werden lassen. Dadurch haben sowohl die KPA als auch die Arbeiterklasse einen Vertrauensbonus beim ganzen Volk gehabt, der es ihr nach Befreiung des Landes ermöglichte, die politische Stellung zu festigen und die Reihen der Arbeiterklasse quantitativ zu vergrößern. Dieser Prozeß schreitet auch heute noch fort. Grob gesagt haben die klassenmäßigen Verhältnisse in Albanien folgendes Aussehen. Der industrielle Aufbau wird forciert, wodurch sich die Bedeutung der Arbeiterklasse erhöht; in der Landwirtschaft werden über die verschiedenen Formen des genossenschaftlichen oder staatlichen Eigentums zunehmend Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen, die sich denen der Arbeiterklasse annähern oder schon entsprechen. Zwischendrin bildet sich eine breite intellektuelle Schicht heran, die aus der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauernschaft hervorgeht.

Weiter: In diesem ganzen Entwicklungsprozeß haben Partei und Arbeiterklasse ihre führende Rolle bestätigt. Führende Rolle eben für den Erhalt der gesellschaftlichen Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt.

Als die Zeit herangereift war, auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, trat man in die „Etappe zum vollständigen Aufbau des Sozialismus“ ein. Für diese gesellschaftliche Entwicklungsetappe wurde sogar die führende Rolle der Partei in Staat und Gesellschaft in der Verfassung verankert. Dies war aber nur möglich, weil die Partei (und Arbeiterklasse) den Bestrebungen der Volksmassen gerecht wurden und ihren Vertrauensbonus, den sie durch ihre Rolle im Befreiungskampf erhalten haben, in der Folgezeit ausbauen konnten. Für die albanischen Kommunisten bestand also eine günstige Position, die es erlaubte, daß sie ihre Führungsrolle — normativ — in der Verfassung festschreiben konnten. Ferner sind in der Verfassung Artikel enthalten, deren Einhaltung die nationale Unabhängigkeit garantiert (z.B. keine Annahme von Krediten aus dem Ausland) und den sozialen Entwicklungsweg in Richtung Kommunismus festlegen. So ist die Verfassung der SVRA gleichzeitig die gesetzliche Absicherung des bisher Erreichten und Programm für alle bestehenden Klassen und Schichten. So haben die albanischen Kommunisten ihre besondere führende Rolle aufgrund ihrer bisherigen gesellschaftlichen Leistungen und mittels einer breiten Volksdiskussion festgeschrieben bekommen, die für die Etappe des „vollständigen Aufbaus des Sozialismus“ gilt, die dann abgeschlossen ist, wenn die Kommunisten keine besondere gesellschaftliche Rolle mehr spielen werden. Das kann nach diesem „Programm“ nur in einer Gemeinschaft der „assoziierten Produzenten“, in einer Gesellschaft ohne Klassen sein.

Man kann also sehen, das ganze „Rätsel“ des Erfolgs, der führenden Rolle der albanischen Kommunisten, liegt in der Einheit zwischen Partei und Volksmassen. Die Führungsrolle ist nicht Verfassungsnorm geworden, weil man Positionen gesetzlich absichern wollte, um dann sagen zu können — da stets geschrieben. Das ergäbe — für sich betrachtet — keinen Sinn, und tatsächlich tritt ja auch in Albanien keine politische Kraft auf, die die Rolle der PAA bestreitet. Im Verlaufe des in Albanien stattgefundenen gesellschaftlichen und demokratischen Prozesses hat sich die Mehrheit aller bestehenden Klassen und Schichten dafür entschieden — zum Kommunismus gelangt man in Albanien unter Einhaltung dieser Normen.

Wenn man auf die Frage der „Reinheit“ der Partei, oder besser des „Reinheitsgrades“ zurückkommt, so muß man sagen, daß die politische Glaubwürdigkeit ja an der gesellschaftlichen Entwicklung gemessen werden kann. Die Partei ist in Albanien immer glaubwürdig gewesen (trotz Feinden in Leitungsgremien), weil letztenendes die Resultate der Politik überzeugend waren. Darum ist die Einheit Partei — Volksmassen immer (trotz Sabotageversuchen) gestärkt worden, deshalb besteht auch heute in Albanien nicht die Gefahr einer Abkehr vom Weg zum Aufbau des Kommunismus. Die Rolle der Kommunisten, also auch der Entwicklungsweg zum Kommunismus, ist heute unbestritten und kein Thema gesellschaftlicher Konfrontation.

In Albanien ist man also nicht von einer „Reinheit“ der Partei ausgegangen, die irgendwie als einziger akzeptabler Zustand zu definieren möglich ist, denn dieses Reiheitsempfinden muß immer bewußt, an den politischen Aufgaben, gemessen werden. Geschichtliche Beispiele von kommunistischen Parteien, auch der albanischen, zeigen, daß sich dieser „Reinheitsgrad“ verändert und man trotz entgegenwirkender Kräfte in der Partei Arbeiterpolitik machen kann, wenn die Einheit mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen nicht gebrochen wird. Allgemein ausgedrückt bedeutet das, daß die Garantie, um eine Entartung zu verhindern, doch genau in dieser Einheit liegt, die auf die Volksmassen eine mobilisierende Wirkung zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele haben muß. Was dieser aktive Faktor Arbeiterklasse in Albanien bewirkt hat, kann man sehen, und es wäre doch sträflich für die Politik unserer Partei, sich keine konkreten Überlegungen über die Wege zum Erhalt der mobilisierenden Kraft in der BRD für den Zeitpunkt nach einer revolutionären Umwälzung zu machen. „Sollte“- oder „Kann“-Spekulationen sind natürlich wenig angebracht.

„Darf“ es im Sozialismus andere politische Organisationen geben?

Vergleicht man auch die Erfahrungen des albanischen Kampfes mit der Situation in der BRD, so ergibt sich doch der ganz wesentliche Unterschied, daß bei uns die soziale Frage, und somit der soziale Kampf für die Verbesserung der Lebenslage und zur Verhinderung eines imperialistischen Kriegs.

Vergleicht man auch die Erfahrungen des albanischen Kampfes mit der Situation in der BRD, so ergibt sich doch der ganz wesentliche Unterschied, daß bei uns die soziale Frage und somit der soziale Kampf Vorrang hat. In den Hauptpunkten bedeutet dies Kampf für die Verbesserung der Lebenslage und zur Verhinderung eines imperialistischen Kriegs.

Es ist doch so, daß alle Kräfte, die an diesem Klassenkampf beteiligt sind und in der sozialistischen Revolution die Lösung dieser Probleme sehen, sich an deren Durchführung beteiligen, konsequent für die Arbeitersache eintreten und nicht mit der Bourgeoisie paktieren, sich dadurch auch das Recht erkämpft haben, im Sozialismus weiter zu existieren. Das redet keinem „Parteienpluralismus“ das Wort, sondern gegen solche Kräfte zu kämpfen, indem man sie als Feinde behandelt, würde spalterisch sein und die Einheit der revolutionären Kräfte mit den Volksmassen gefährden. Da Klassen — seit es Klassengesellschaften gibt — durch Parteien oder andere Interessenorganisationen vertreten werden, muß man natürlich auch in einem Land wie dem imperialistischen Deutschland, wo eine gespaltene Arbeiterklasse existiert und diese Spaltung sich in verschiedenen politischen Anschauungen ausdrückt, diese Einheit anstreben, um die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden. Das hat sich zunächst an dem Ziel Errichtung der Arbeitermacht zu orientieren. Konsequentes Eintreten für die Arbeiterinteressen entscheidet — vor wie nach der Revolution — über die Existenzberechtigung von Organisationen. Dafür sorgt selbst die Entwicklung des Bewußtseins, die Herausbildung der demokratischen Willensbildung innerhalb der Arbeiterklasse und der anderen an der Revolution beteiligten Klassen oder Schichten.

Es besteht also nicht die Situation, daß eine Partei als einzige konsequente Kraft, die Volksmassen wie im Kampf in Albanien, zur Lösung der nationalen Frage führt. Die soziale Frage ist ungleich komplexer. Die Risse, die der Kampfkraft der Arbeiterklasse zusetzen, benötigen deshalb auch viele Antworten und Methoden, damit sie überwunden werden können. Hier könnte eine entscheidend einflußnehmdene Rolle kann die kommunistische Partei nur in diesem Prozeß für die Einheit der Arbeiterklasse erringen, deren Resultate sich in der Mobilisierung der Arbeiterklasse ausdrücken.

„Selbstverwaltung“

Die Forderung nach „Selbstverwaltung“ im Sozialismus wirft insofern Probleme auf, als dieser Begriff heute mit Titoismus verbunden ist. Er wird heute international im Sprachgebrauch von Kommunisten so verwendet, und ist deshalb auch eine „Stolperfalle“. Die albanischen Genossen sprechen von „Beteiligung der Massen am Regieren des Landes“, was etwas anderes ist und nicht das trifft, was in den Thesen mit Selbstverwaltung gemeint ist, so daß man diese Bezeichnung auch nicht einfach übernehmen kann. Das Reizwort „Selbstverwaltung“ wird auch in absehbarer Zeit bei vielen Revolutionären den „Titoismusverdacht“ hervorrufen, er sollte deshalb nicht in unserem Programm verwendet werden. Außerdem halte ich den Begriff für nicht ganz zutreffend, da er mit seiner Einschränkung auf „...verwaltung“ nicht das ausdrückt, was Arbeitermacht in einem sozialistischen Betrieb beinhalten soll.

Politische Rechte im Sozialismus

Was die politischen Rechte wie Organisationsfreiheit, Pressefreiheit, Streikrecht usw. im Sozialismus betrifft, so darf man keinesfalls „hinter“ bürgerliches Recht, das ja im Sozialismus noch Anwendung findet, zurückfallen. Der Streik beispielsweise als Instrument im Kampf der Arbeiterklasse, wird erst dann überflüssig, wenn sich in der kommunistischen Übergangsgesellschaft annähernd „monolithische“ Gesellschaftsstrukturen herausgebildet haben, also keine antagonistische Klassenwidersprüche auftreten können.

In Albanien z.B. hätte ein Streikrecht derzeit keine praktische Anwendung. Die albanische Arbeiterklasse hat auch überhaupt nur eine geringfügige Tradition bei der Lösung sozialer Konflikte mittels Streiks. Der Albaner war dann schon eher bereit, für seine Interessen zur Waffe zu greifen.

Nach der Befreiung war die Ausübung des Streikrechts kein Anliegen der Arbeiterklasse. Die westdeutsche Klasse wird sich dieses Recht aber nicht nehmen lassen. — Nur — grundsätzlich so betrachtet, kann man die Fragen der politischen Rechte der Arbeiterklasse im Sozialismus zufriedenstellend diskutieren.

Marian, Tirana

Falscher Vorwurf

Zum Artikel „quo vadis, Alice?“ im RM Nr. 20 vom 17.5.85

Liebe RM-Redaktion,
so erfreulich ich es finde, daß ein längerer Artikel zu Fragen und Auseinandersetzungen in der Frauenbewegung im RM erscheint, so traurig finde ich den Tenor dieses Artikels.

Ich kann mich überhaupt nicht daran erinnern, daß in den letzten Jahren im RM eine Auseinandersetzung mit Positionen der „emma“-Frauen oder insbesondere Alice Schwarzer stattgefunden hat. Das lag sicher nicht daran, daß in „emma“ nichts Erwähnenswertes gestanden hätte. Ist z.B. die Auseinandersetzung der Feministinnen mit Fragen der Heimarbeit, neuen Technologien etc. kein Thema für uns? (z.B. „emma“ 2/85) Oder ertragen wir es nicht, daß „emma“ hierbei nicht ausschließlich den gewerkschaftlichen Standpunkt vertritt und die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und erkämpfte Rechte der Arbeiterklasse beleuchtet, sondern den Blick auf einen anderen Aspekt zwingt: Das das Heimarbeitskonzept ein Teil der Strategie ist, die neue Identität von Frauen wieder zu brechen, ihren Kampf gegen die Unterdrückung zu schwächen.

Aber das sei nur als Beispiel genannt, sicher ließen sich bei gutem Willen viele interessante Darlegungen der Feministinnen finden, die wir unterstützen oder uns auch kritisch mit ihnen auseinandersetzen könnten. Aber nein, ihr wartet, bis ihr Alice Schwarzer „erwischt“ habt. So nach dem Motto: na also, jetzt hat sie sich endlich entlarvt. Da nutzt es auch nichts, wenn ihr ihre Verdienste am Schluß in einem Satz noch schnell anerkennt. Das klingt so, wie wenn in bürgerlichen Gesichtsbüchern Karl Marx als großer Deutscher in der Vergangenheit gewürdigt wird und seine Ideen gleichzeitig verdreht und angegriffen werden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich will weder Alice Schwarzer mit Karl Marx gleichsetzen noch halte ich die Äußerungen von Alice Schwarzer in dem Gespräch mit Geißler für unproblematisch. Ich finde es ja auch gut, wenn wir uns damit kritisch auseinandersetzen. Wenn sie sagt, das Frauenprogramm der CDU ist das „fortschrittlichste“ von allen Parteien, so meine ich allerdings, daß sie vor allem zwei Dinge damit bezweckt, selbst wenn sie tatsächlich Illusionen in Heiner Geißler hat:

1. Sie will die CDU-Frauen (u. a.) **für** die Durchsetzung der positiven Punkte mobilisieren (wobei frau sich darüber streiten kann, ob das so geht) und
2. sie will SPD, Grüne und alle Linken provozieren — sie anmachen, weil sie, die doch so hohe Ansprüche haben, bisher so wenig geleistet haben im Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen — und schon gar keine Konzepte dazu entwickelt haben.

Ihr fragt: quo vadis, Alice? Ich frage: quo vadis, KPD, in Sachen feministischer Bewegung? Woher nehmt ihr das Recht zu derart belehrenden Kommentaren den Feministinnen gegenüber? Wissen wir, die Kommunisten, es wirklich besser, was für die Frauen gut ist?

In ihrer bisherigen Geschichte hat sich die Arbeiterbewegung und auch die Kommunisten nicht gerade dadurch hervorgetan, daß sie die Frauenbewegung ständig unterstützt oder zu ihrer Weiterentwicklung beigetragen hätte.

Viel zu oft und viel zu lange wurden diese Fragen als „Nebenwiderspruch“ abgetan. Frauen, die sich dem nicht unterordnen wollten, blieb oft überhaupt keine andere Wahl, als der Arbeiterbewegung erst einmal den Rücken zu kehren, um überhaupt den „Freiraum“ zu haben, gegen ihre Unterdrückung als Frau zu kämpfen.

Klassenkampf und Befreiungskampf der Frauen haben sehr viel gemeinsam, aber sie sind nicht identisch! Wenn wir den Kampf der Frauen immer nur soweit anerkennen, als Frauen dem Klassenkampf dienen, negieren wir in Wirklichkeit den eigenständigen Befreiungskampf der Frauen.

Ihr kritisiert „emma“, weil sie CDU-Frauen darin unterstützt, sich als Frauen gegen die Männer der CDU-Spitze durchzusetzen. Was ist daran eigentlich zu kritisieren? Natürlich wird die CDU nicht dadurch „besser“ daß mehr Frauen darin etwas zu sagen haben. Aber gesteht ihr nur denjenigen Frauen das Recht auf Kampf um Anerkennung, auf Kampf gegen Männerherrschaft zu, deren Meinung ihr gut findet!?

Eine ganz andere Frage ist, wie wir die Hälfte der Menschen, die Hälfte der Arbeiterklasse, nämlich die Frauen, im Klassenkampf mobilisieren und gewinnen können. Und gerade da meine ich, daß es dringendst an der Zeit ist, daß wir Kommunisten uns ernsthaft mit der Frauenbewegung beschäftigen, dazu kommen, sie als gleichberechtigt anzuerkennen, die Gemeinsamkeiten (und Unterschiede) zu erkennen und zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu kommen, ohne die bedingungslose Unterwerfung der Frauenbewegung unter die Arbeiterbewegung zu verlangen.

Kurz: Ihr werft Alice Schwarzer vor, daß sie keine Kommunistin ist, aber haben die Frauen nicht viel öfter Grund, den Kommunisten vorzuwerfen, daß sie keine Feministen/innen snd?
Mit kommunistischen und
feministischen Grüßen
G. aus Darmstadt

Frauen I

Liebe Genossinnen,
Klasse, euer Bericht über das Frauenseminar. Ist mir richtig aus dem Herzen gesprochen! Ich stell' mir unter Sozialismus auch noch was anderes vor als genügend Kinderkrippen, -gärten, -heime, Großküchen und gute Ausbildungsplätze für Mädchen und gute Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, freie Empfängnisverhütung und Abtreibung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Ihr habt, wie's Brecht so schön sagt, den „gefeiertsten Wahrheiten auf die Schulter geklopft“! — Oder vielleicht auch nur „getippt“, denn ein bißchen offensiver hätt's ruhig schon sein können! Wieso erwartet ihr nur „evtl. im Vorwort“ des Programms eine Passage über die Frauenproblematik? Der Stand der Diskussion, so wie ihr sie geführt habt, ist doch schon ganz schön ausgereift! Klar ist andererseits noch vieles unausdiskutiert und unausgegoren. Na und? Das Programm einer kommunistischen Partei, das bis in die Ewigkeit oder wenigstens von jetzt ab bis zum Sozialismus gülitg ist, wäre ein Widerspruch in sich und total schematisch und undialektisch! Vor zehn Jahren galt z.B. noch ein Parteiprogramm, dessen Leitmotiv die Mao-Tsetung-Ideen waren. Heute möchte keiner mehr daran erinnert werden ... Ich möchte behaupten: So grundlegend hin- und herschwanken wie z.B. in der Mao-Frage können wir in bezug auf die Frauenproblematik überhaupt nicht (und schon gar nicht in so kurzem Zeitraum), einfach, weil wir da viel zu viel Erfahrungen am eigenen Leib gesammelt haben.

Aber diese Zaghaftigkeit, dieses erstmal hundertmal Überprüfen, ehe wir etwas behaupten oder gar fordern, ist uns ja anerzogen worden von Kindesbeinen an und später von unseren Freunden, Männern, Genossen. Und da müssen wir raus, alle miteinander!

Da ist z.B. die Frage des Hausfrauenlohns, die ihr anschneidet. Ich bin so eine Mutter und „Nur-Hausfrau“ (wenn ich das schon höre!), die nicht nur „spontan“, sondern auch nach einigen Überlegungen **dafür** ist. Die üblichen Argumente dagegen halte ich nicht für stichhaltig: Nämlich: an den kapitalistisch-bürgerlichen Verhältnissen ändert sich dadurch nichts; die Frau wird sogar noch darin bestärkt, daß sie das Heimchen am Herd spielt; die traditionellen, patriarchalischen Rollen werden dadurch nur gefestigt, anstatt aufgebrochen.

Ziemlich ultralinks, finde ich, und läuft darauf hinaus, daß man jede Reform im Kapitalismus ablehnt, weil sie auf dessen Stabilisierung hinauslaufen könnte. Warum sind wir z.B. für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich? U.a. doch deswegen, damit die Werktätigen etwas mehr Zeit haben, sich von den sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen zu erholen. Man kann auch sagen: Die fünf bezahlten (Frei-)Stunden dienen dem Arbeiter zur dringend notwendigen Reproduktion zur Wiederherstellung seiner Ware, der Arbeitskraft. Nur: Ich kenne keinen, der deswegen gegen die 35-Stunden-Woche ist, weil auch für den Kapitalisten ein ausgeruhter Arbeiter besser ist als ein abgeschlaffter. Hausfrauen und Mütter sollen dagegen ganz selbstverständlich eine 50 - 70-Stunden-Woche erarbeiten, ohne einen Pfennig Lohn wohlgemerkt, um damit die Arbeitskraft einer ganzen Familie und damit letztlich auch einer ganzen Gesellschaft zu reproduzieren!

Ein anderer Vergleich: Kein einigermaßen fortschrittlicher Mensch würde dafür eintreten, einem anderen Teil der „industriellen Reservearmee“, nämlich den Arbeitslosen, das Arbeitslosengeld zu streichen. Also, in pseudoanarchistischer Manie: Nehmt den Arbeitslosen ihr Geld weg — entweder sie krepieren oder werden reif für die Revolution.

Obwohl es z.B. auch Alice Schwarzer vertritt, finde ich also die These, durch bezahlte Hausfrauenarbeit werden die patriarchalischen Verhältnisse verfestigt, zumindest für sehr problematisch, wenn nicht sogar selbst patriarchalisch gefärbt. Die These klingt nämlich so schön objektiv und segelt in elegantem Höhenflug über die subjektiven Bedürfnisse der betroffenen Frauen selber hinweg. Ich möchte wetten, daß ein Großteil aller Hausfrauen und Mütter zumindest davon träumt (sofern sie nicht schon eine Schere im Kopf haben, die ihnen sogar das Träumen verbietet), für ihre manuelle Dreckarbeit einerseits und ihre nervenaufreibende Familienbetreuungsarbeit andererseits bezahlt zu werden. Einfach aus einem schlichten, aber handfesten Gerechtigkeitsgefühl heraus: Wieso soll ich, sollen wir — und wir sind Millionen — jahraus, jahrein unbezahlte Arbeit leisten? **Warum eigentlich, verdammt nochmal?** Ein bestimmt nicht kleiner Teil von Frauen träumt sicher darüber hinaus davon, sich mittels eines eigenen Lohnzettels in der Hand nicht mehr alles von Mann/Freund/Vater der Kinder gefallen lassen zu müssen. Wieviele Familienkräche enden wohl mit dem demütigenden Satz des Mannes: „Wer bringt denn jetzt die Kohlen nach Haus — du oder ich?“? Wieviel Frauen lassen sich z.B. nach wie vor nur deswegen nicht scheiden, weil ihnen die nackte Existenzangst im Nacken sitzt?

Umgekehrt wird also meiner Meinung nach eher ein Schuh daraus: Ein Hausfrauenlohn nützt erstmal subjektiv, aber auch objektiv der Emanzipation der Frau. Denn eine Hausfrau und Mutter, die weiß, was sie „wert“ ist, wird selbstbewußter werden, wird sich in der Familie besser durchsetzen können — oder sie auch verlassen können. Die Aktiveren werden aus ihren häuslichen Schlupflöchern herauskommen, sich zusammenschließen, die Öffentlichkeit mobilisieren, Tarifverträge erkämpfen, Hausfrauenstreiks organisieren usw. (Wir sollten uns mal ganz konkret und drastisch ausmalen, was bei so einem längeren Streik alles zusammenbrechen würde!)

Und die Familie als die „Gemeinschaft der häuslichen Sklaven“, wir ihr so schön treffend schreibt, würde zumindest einige Risse bekommen.

Wie gesagt, ich bin sicher, daß Millionen Frauen davon **träumen.** Damit ist natürlich noch nichts darüber gesagt, wieviele das auch als Forderung aussprechen würden und erst recht nicht, wie viele bereit wären, dafür zu kämpfen. Nichts darüber gesagt, mit welchen Mitteln, Organisationen usw. die Forderung nach bezahlter Hausfrauenarbeit durchzusetzen wäre. Ob sie überhaupt in der Form im Kapitalismus durchsetzbar ist (es müßte ja eine gewaltige Umverteilung von Geldern stattfinden). Ob der Staat (was naheliegend wäre) oder der den Mann beschäftigende Kapitalist der Hausfrau ihren Lohn zahlen müßte.

Klar muß natürlich auch sein, daß die berufstätigen Mütter und somit doppelt belasteten Frauen auch doppelt verdienen müssen, so daß sie zumindest vom Finanziellen her auf eine kürzere Arbeitszeit umsteigen können.

Viele Fragen, viele Antworten. Macht weiter so in der Frauenpolitik, unter dem Motto: Nicht nur mein Bauch, auch mein Kopf gehört mir!

P.S.: Vielleicht könntet ihr im RM irgendwann mal darauf eingehen, warum Ihr „spontan“ gegen die Forderung nach Hausfrauenlohn seid bzw. nach „Alternativen“ sucht. (Davon schreibt ihr leider nichts). Weil sie so schwer durchzusetzen oder gar illusionär ist? Weil sie das Patriarchat festigt (s.o.)? Oder warum?

Wer bin ich?

— Rätsel —

Ich koche — und ich bin doch keine Köchin.
Ich messe Fieber und wechsle Verbände — und bin doch keine Krankenschwester.
Ich kehre und wische — und bin doch keine Putzfrau.
Ich erkläre Textaufgaben und Grammatikregeln — und bin doch keine Lehrerin.
Ich putz anderen Leuten das Klo — und bin doch keine Klofrau.
Ich tröste und helfe, Konflikte zu bewältigen — und bin doch keine Psychologin.
Ich repariere Steckdosen und Fahrräder — und bin doch keine Mechanikerin.
Ich erzähle Geschichten und spiele Kaspertheater — und bin doch keine Kindergärtnerin.
Ich schreibe Geschäftsbriefe und Überweisungen — und bin doch keine Sekretärin.

Ich arbeite manchmal auch zwischen 23 und 6 Uhr —
und trotzdem kann mir niemand die Frauen-Nachtarbeit verbieten.
Ich genieße weder einen gesetzlichen Mindesturlaub noch Mutterschutz —
und trotzdem kann mein Chef nicht wegen „Verstoß gegen das BVG“ belangt werden.
Ich arbeite auch am Wochenende —
und trotzdem kann mich keiner wegen Schwarzarbeit anschwärzen.
Ich gehe mit meinem Chef ins Bett —
und trotzdem kann ihn niemand wegen „Unzucht mit Abhängigen“ anzeigen.
Ich arbeite in einem Betrieb, in dem statistisch die meisten Unfälle passieren —
und trotdem muß mein Chef keine Unfallversicherung zahlen.

Ich zahle keine Arbeitslosenversicherung — denn ich bin nie arbeitslos.
Ich zahle keine Krankenversicherung — denn ich darf nie krank sein.
Ich zahle keine Rentenversicherung — denn ich krieg sowieso keine Rente.

Ich bin Vertrauensfrau — und habe doch keine Gewerkschaft.
Ich bin Betriebsrätin — und werde doch nie gewählt.
Ich bin manchmal Streikende — und brauche doch keine Angst vor Streikbrechern zu haben ...

(Was die erste Zeile betrifft, so hat mal jemand gesagt, so eine wie ich werde einst den Staat regieren können. **VIELLEICHT DAS AUCH NOCH GRATIS???)**

— Christiane

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Einführung in den Marxismus

Wochenseminar vom 23.—29. September 1985
**Themen: Einführung in die politische Ökonomie —
Klassen und Klassenkampf —
Staat und Revolution —
Der Imperialismus —
Was bringt uns der Sozialismus —
Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung**
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Unkostenbeitrag 70,— DM.
Anmeldungen an:
**Detlef Schneider,
Holstenring 5
2000 Hamburg**
(Bitte anmelden bis spätetens 10. August, da bei kurzfristiger Absage erhebliche Kosten für die Partei entstehen)

Im vergangenen Monat starb Heinrich Böll. Der Unmenge von Nachrufen — geschrieben und gesprochen von Freunden und Gefährten des Dichters, als auch heuchlerischerweise von Leuten, die ihn jahrelang verleumdet haben — wollen wir keinen weiteren hinzufügen.

Unsere Ehrung für Heinrich Böll ist eine Erinnerung. Wir drucken Auszüge aus seinem berühmten Artikel *„Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“*, der am 10. Januar 1972 im Magazin „SPIEGEL“ erschien. Mit diesem Artikel schuf Heinrich Böll sich viele Feinde — auf Seiten der Reaktion. Der Artikel ist aber auch ein Zeugnis für die aufrechte und fortschrittliche Haltung des Mannes, der ein großer Schriftsteller, der ein Demokrat, Antifaschist und Friedenskämpfer war.



Heinrich Böll in Mutlangen

Wo die Polizeibehörden ermitteln, vermuten, kombinieren, ist „Bild“ schon bedeutend weiter: „Bild“ weiß. Dicke Überschrift auf der Titelseite der (Kölner) Ausgabe vom 23.12.71: „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter“.

Im wesentlich kleiner gedruckten Bericht über den Kaiserslauterer Bankraub liest man dann von vier maskierten Gangstern, unter denen „vermutlich“ eine Frau war; im Verdacht, so liest man weiter, stehe „unter anderem“ die Gruppe um Ulrike Meinhof. Indizien: Informationen der Polizei über den Aufenthalt der Gruppe, ein roter Alfa Romeo, beim Überfall benutzt, Tage vorher in Stuttgart gestohlen, schon einmal bei einer Fahndung nach der Gruppe beobachtet; weitere Indizien: die „brutale Art“ des Überfalls und die „generalstabsmäßige Planung“.

Nun sind Banküberfälle meistens brutal, auch wenn die Verdächtigen nicht der Gruppe um Ulrike Meinhof angehören. Und gerade durch generalstabsmäßige Planung eines Überfalls werden meistens Opfer vermieden.

Immerhin wird dann Herr Rauber, der Chef der Kaiserslauterer Kriminalpolizei zitiert: „Wir haben zwar noch keine konkreten Anhaltspunkte, daß die Baader-Meinhof-Bande für den Überfall verantwortlich ist. Aber wir ermitteln selbstverständlich in dieser Richtung.“ Das klingt schon anders; nüchtern, sachlich, angesichts der Indizien plausibel, legitim, wenn man es schon als legitim ansieht, daß Polizeibeamte für 1373 Mark monatlich ihr Leben riskieren, unter anderem, um Banktresore zu schützen. Ein riskanter, schlechtbezahlter Beruf.

Im Manifest der Gruppe, nach dem Untertauchen erst hektographiert, inzwischen im Wagenbach Rotbuch 26 (Alex Schubert: Stadtguerillas) erschienen, ist über dieses Problem zu lesen: „Am 14. Mai (1970 bei der Befreiung Baaders in Berlin) ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen wollten — haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt: in Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist.“

„Wir machen nicht ‚rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch‘. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als ‚kleinem Mann‘ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen.“

Hebt man die Kränkung, die in der Bezeichnung „Bulle“ liegt, gegen das Wort „Bande“ auf, zieht man von den zahlreichen vermuteten die bisher nachgewiesenen Taten ab und vergleicht man diese Passagen mit dem wilden Schluß des Manifests **den bewaffneten Kampf unterstützen, Sieg im Volkskrieg**, so klingt das nicht ganz so wahnwitzig wild und schießlustig, wie die Gruppe bisher dargestellt worden ist. Ergänzt man die oben zitierte Passage durch eine andere, die sich mit der lebensgefährlichen Verletzung des Angestellten Georg Linke auseinandersetzt, so entsteht auch nicht gerade der Eindruck einer uneingeschränkten Balleridеologie: „Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke dabei angeschossen wird — sie ist uns oft genug gestellt worden —, kann nur mit Nein beantwortet werden.“

Die Kriegserklärung, die im Manifest enthalten ist, richtet sich eindeutig gegen das System, nicht gegen seine ausführenden Organe. Es wäre gut, wenn Herr Kuhlmann, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, dafür sorgte, daß seine Kollegen, die einen so gefährlichen und schlecht bezahlten Beruf ausüben, dieses Manifest einmal lesen.

Es ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern, von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind und deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist. Gewiß war die Befreiung Baaders eben doch nicht der so ganz überzeugende (weder für Beobachter noch für Mitwirkende überzeugende) Sprung von der Theorie in die Aktion. Das Manifest enthält unter anderem auch fast so etwas wie ein Geständnis: „Weder das bißchen Geld, das wir geklaut haben sollen, noch die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz.“

Es kann kein Zweifel bestehen: Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt, sie weiß, was sie tut und getan hat, aber wer könnte ihr sagen, was sie jetzt tun sollte? Soll sie sich wirklich stellen, mit der Aussicht, als die klassische rote Hexe in den Siedetopf der Demagogie zu geraten?

„Bild“, ganz und gar vorweihnachtlich gestimmt, weiß ja schon: „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter.“ „Bild“ opfert die Hälfte seiner kostbaren ersten und die Hälfte seiner ebenso kostbaren letzten Seite dem Kaiserslauterer Bankraub.

Auf der letzten Seite von „Bild“ (23.12.71) findet man nur noch wenig von polizeilichen Ermittlungen. Statt dessen zwei Sonderspalten: „Die Opfer der Baader-Meinhof-Bande“, „Die Beute der Baader-Meinhof-Bande“. Unter die Opfer zählt „Bild“ nicht nur das nachgewiesene (und zugegebene) Opfer Georg Linke, es zählt auch alle die hinzu, bei denen noch nicht ganz geklärt ist, wer auf sie geschossen hat: Helmut Ruf und Norbert Schmid, und da „Bild“ schon einmal beim Opfern ist, wird auch der Polizeiobermeister Herbert Schoner aus Kaiserslautern der Einfachheit halber hinzugezählt.

Der Rentner Helmut Langenkämper aus Kiel wird immerhin nur als einer bezeichnet, der sich „Bankräubern in den Weg stellte“. Welchen Bankräubern? Schwamm drüber, das nehmen wir nicht so genau, die Vorweihnachtsopferlitanei darf nicht zu kurz ausfallen. Und wohl deshalb auch zählt „Bild“ Petra Schelm und Georg von Rauch (der hier zum Hauch wird) dazu. Das soll sicher ein Witz sein.

Ich hoffe, daß Herrn Springer und seinen Helfershelfern dieser Witz im Hals steckenbleibt mit den Gräten ihres Weihnachtskarpfens. Man kann die Nase schon voll kriegen, und ich habe sie voll. Wahrscheinlich wird „Bild“ bald so weit sein, einen so armen Teufel wie Hermann Göring, der sich leider selbst umbringen mußte, unter die Opfer des Faschismus zu zählen.

In der zweiten Litaneispalte — „Beute der Baader-Meinhof-Bande“ — wird schlicht auch der Schaden aufgezählt, die die Frankfurter Kaufhausbrandstiftung verursacht hat: 2,2 Millionen. Auch Baaders Befreiung und ein Schußwechsel am 24.12.70 in Nürnberg laufen unter „Beute“. Natürlich werden die erbeuteten Summen der Banküberfälle, bei denen die Polizei lediglich vermutet, „Bild“ aber weiß, der Beute zugeschlagen. Logischerweise werden die 134000 Mark aus Kaiserslautern mit-, aber nicht mehr aufgezählt, wo man doch Polizeiobermeister Schoner schon unter die Opfer gezählt hat. Da stimmt doch etwas nicht an der Rechenmaschine, die „Bild“ bei solchen Additionen benutzt, denn es fehlen die 2,2 Millionen aus Frankfurt, Beutespalte bleibt Beutespalte, oder etwa nicht? Fragen dürfen wird man doch wohl.

Ich kann nicht annehmen, daß Polizeibehörden und zuständige Minister über Helfershelfer wie „Bild“ glücklich sein können — oder sollten sie's doch sein? Ich kann nicht begreifen, daß irgendein Politiker einem solchen Blatt noch ein Interview gibt. Das ist nicht mehr kryptofaschistisch, nicht mehr faschistoid, das ist nackter Faschismus. Verhetzung, Lüge, Dreck.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 486529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474